

Bezugspreis: Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.30 RM., wöchentlich 50 Pf. frei und Haus...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis: beträgt die siebenstellige Anzeigen...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Sonnabend, den 20. Oktober 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Artillerieschlacht an der Aisne-Front.

Zukunftsarbeit.

Würzburg, den 19. Oktober 1917.

Ueber Finanzwirtschaft und Sozialpolitik nach dem Kriege läßt sich bequem auch länger sprechen, als einen Parteitagvormittag. Unzählige Protokolle werden sich noch sammeln...

Jetzt sind wir auf der Reise ins unbekannte Zukunftsland und eigentlich müßte jeder Redner zu seinen Vorschlägen und Erwägungen den Vorbehalt machen: „Wenn es nicht noch anders kommt!“

Es läßt sich nicht verhindern, daß die Debatte in Einzelheiten verflattert; aber zwei feste Punkte lassen sich aus ihr doch herausgreifen: Das ist zunächst der besondere Einschlag, der ihr durch das Eingreifen der Frauen gegeben wird...

Das zweite, was der Debatte stärkeres Licht gibt, ist das Auftauchen einer Streitfrage. Genosse Winnig polemisiert gegen den Referenten über Sozialpolitik Genossen Wissell, weil er die sofortige Entlassung der Mannschaften beim Friedensschluß verlangt...

Ein heller Ton kommt noch einmal in die Debatte mit Scheidemanns Schlusswort. Wie in seinem Referat, verliert sich Scheidemann auch jetzt nicht in Einzelheiten. Aber er spricht von den Hindernissen, die zu beseitigen sind...

Am Nachmittag kehrt man von den Zukunftsfragen zu den Fragen der Gegenwart zurück. Robert Schmidt spricht über die Volksernährung. Aus der folgenden Debatte, die Klagen über Klagen aus allen Ecken des Reiches bringt, leuchtet eine ganz vortreffliche Rede der Genossin Wagner-Chemnitz hervor...

Genosse Groger schildert aus seinen Neuföhner Erfahrungen die Groß-Berliner Ernährungsnot. Sie ist, wovon man sich hier in Würzburg überzeugen kann, viel größer als sonst im Reich...

Die Wahl des Parteivorstandes bringt keine Ueberraschungen. Die Wahl Scheidemanns zum Vorsitzenden neben Ebert war zu erwarten. Nicht ohne Interesse ist dagegen die Wahl der Kontrollkommission...

Französische Erkundungs-Vorstöße bei Banzailon und bis Brahe. — Die Einnahme von Moon. — Russisches Linienschiff Slava gesunken — Beträchtliche Beute.

Mitlich. Großes Hauptquartier, 19. Oktober 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht.

Die artilleristische Kampftätigkeit in Flandern erreichte gestern wieder an der Küste sowie zwischen Her und Lys große Stärke. Besonders heftig war das Feuer am Houthouster Walde, bei Passchendaele und zwischen Gheluvelt und Zandvoorde.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz.

Nach regnerischem Morgen schwall von gestern mittag ab die Artillerieschlacht nordöstlich von Soissons wieder zu voller Höhe an und tobt seitdem bei gewaltigem Munitionseinsatz fast ununterbrochen. Morgens drangen bei Banzailon, abends an der ganzen Front bis Brahe nach Trommelfeuer starke französische Abteilungen zu Erkundungstößen vor; in örtlichen Kämpfen wurde der Feind überall zurückgeworfen.

Die Nachbarabteilungen und das Rückengelände der Kampffront lagen unter sehr starkem Störungsfeuer, das von uns kräftig erwidert wurde.

Zu Ostfeld des Chemin-des-Dames griffen die Franzosen erneut dreimal unsere Stellungen nördlich der Mühle von Bauciere an; sie wurden blutig abgewiesen.

Bei den anderen Armeen schränkte Regen und Nebel die Gefechtsintensität ein.

Unsere Gegner verloren gestern 12 Flugzeuge, davon sechs aus einem Geschwader, das auf Roulers und Jügelmünster mit beträchtlichem Häuserschaden Bomben abgeworfen hatte.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unter Befehl des Generallieutenants von Ehorff erkämpften unsere Truppen, in Booten und auf dem Steindamm durch den kleinen See übergehend, das Westufer der Insel Moon.

In schnellem Vordringen wurden die Russen, wo sie Widerstand leisteten, überrannt; bis zum Mittag war die ganze Insel in unserer Hand.

Von Norden und Süden eingreifende Landungsabteilungen der Marine und die Geschütze unserer Schiffe trugen zu dem schnellen Erfolge wesentlich bei.

Zwei russische Infanterie-Regimenter in Stärke von 5000 Mann wurden gefangen; die Beute ist beträchtlich. Auf Desel und Moon sind ein Divisions- und drei Brigadestöße in unsere Hand gefallen.

Unsere Seeestreitkräfte hatten in den Gewässern um Moon mehrfach Gefechte mit feindlichen Kriegsschiffen. Das russische Linienschiff Slava (13 500 Tonnen) wurde in Brand geschossen und ist dann zwischen Moon und der Nachbarinsel Schildau gesunken.

Land- und Marineflieger hielten die Führung über den Verbleib der feindlichen Kräfte gut unterrichtet; mit Bombenabwurf und Maschinengewehrfeuer griffen sie auf Land und See den Feind oftmals mit erkannter Wirkung an.

Au der russisch-rumänischen Landfront und auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 19. Oktober 1917, abends. Mitlich. Im südlichen Teil der flandrischen Front und nordöstlich von Soissons trotz schlechten Wetters starker Feuerkampf.

Vom Osten bisher nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 19. Oktober 1917. (W. Z. S.) Mitlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Bei den österreichisch-ungarischen Streitkräften nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler und an der Kärntner Front kam es vorgestern und gestern an zahlreichen Stellen zu örtlichen Kämpfen. Unsere Truppen brachten 300 Gefangene und Kriegsgerät ein. Am Isongo gewöhnliche Artillerietätigkeit.

Der Chef des Generalstabes.

Der Kanzler des Misstrauens.

Ein parteiloses Berliner Blatt brachte dieser Tage die Nachricht, daß die Mehrheitsfraktionen des Reichstages in Gemeinschaft mit den Nationalliberalen den Beschluß gefaßt hätten, ihre Fraktionsvorsitzenden zum Reichskanzler zu wählen...

An diese Mitteilung hat sich eine längere Auseinandersetzung angeknüpft. Zentrum und Nationalliberale haben bestritten, daß sie in dieser Form zutrefte. Dagegen stellt die „Vossische Zeitung“ fest, daß Herr v. Beyer, der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, tatsächlich in einer Unterredung mit dem Kanzler diesem seine Stellung zu den Vorparlamenten der letzten Zeit unabweisend klar gemacht habe...

Ein reichshauptstädtisches Blatt verbreitet die Nachricht, daß die Vorsitzenden der Mehrheitsparteien sowie der Vorsitzenden der nationalliberalen Reichstagsfraktion von ihren Fraktionen beauftragt worden seien, dem Kanzler das Misstrauen auszusprechen. Soweit die nationalliberale Fraktion in Betracht kommt, ist die Mitteilung in dieser Form unzutreffend. Tatsache ist, daß in der interfraktionellen Besprechung ein gemeinsamer Schritt der Parteien in der Kanzlerfrage angeregt worden ist...

Welches der sachliche Inhalt der „vollen Einmütigkeit“ der nationalliberalen Fraktion ist, teilt die „Nationalliberale Korrespondenz“ nicht mit. Aber die sachliche Stellungnahme der Nationalliberalen kann kaum zweifelhaft sein, da die „National-Zeitung“ schon gestern erklärte, daß man sich bei den Nationalliberalen einig sei, daß das Verbleiben des gegenwärtigen Reichskanzlers im Amte sich als unmöglich erweist...

„Daß in sämtlichen vier Fraktionen der bereits erwähnte übereinstimmende Beschluß gefaßt worden ist und daß es sich in den Verhandlungen mit den Parteien lediglich um die formale Frage gehandelt hat, ob die Mitteilung an den Kanzler durch die vier Parteiführer durch einen gemeinsamen Schritt der Herren erfolgen sollte oder ob es nicht aus naheliegenden Gründen tadelhafter wäre, wenn jeder der Parteiführer einzeln mit dem Reichskanzler die entsprechende Rücksprache nähme.“

Nach der „Berliner Börsen-Zeitung“ hat man sich für den letzteren Weg entschieden, und nur die plötzliche Abreise des Kanzlers habe die Ausführung des Planes verhindert.

Was schließlich das Zentrum anbelangt, so begnügt sich die „Germania“ mit der Feststellung, daß der Zentrumsabgeordnete Trimborn nicht von seiner Fraktion den Auftrag erhalten habe, dem Reichskanzler das Misstrauen der Fraktion zum Ausdruck zu bringen.

Weder das nationalliberale Dementi noch das des Zentrums lassen in irgendeiner Weise darauf schließen, daß durch die Ablehnung der eingangs genannten Nachricht dem Reichskanzler etwa ein Vertrauensvotum der betreffenden Parteien ausgestellt werden soll. Im Gegenteil wird man anzunehmen haben, daß das sachliche Misstrauen dieser Parteien gegen Herrn Dr. Michaelis fortbesteht. Es hat sich nur einmal wieder keine Einigkeit darüber erzielen lassen, wie man in positiver Weise dem Reichskanzler die Meinung der Mehrheit des Reichstages zum Ausdruck bringen sollte...

Der Reichstag bietet in der jetzigen Situation dem deutschen Volke kein erfreuliches Schauspiel. Es ist offenes Geheimnis, daß eine Dreiviertelmehrheit das Verbleiben des Reichskanzlers im Amte für unmöglich hält. Dennoch findet diese überwältigende Mehrheit keinen Weg zum gemeinschaftlichen Handeln. Bei den bürgerlichen Mehrheitsparteien waltet eine gewisse Konfliktstimmung ob, deren durchaus ehrenhafte, mit dem Eindruck auf das Ausland rechnenden Motive wir anerkennen wollen, die aber durch Sinnlosigkeit und Verhüllung der Krise im sachlichen Enderfolg viel schädlicher wirkt, als wenn man sich zu schnellem und energischem Handeln entschloße.

Es handelt sich dabei nicht nur um die Person des Herrn

Dr. Michaelis, sondern auch um die Frage, ob der Reichstag imstande ist, dem parlamentarischen System praktisch näher zu kommen. Das parlamentarische System wird letzten Endes in keiner Verfassungskommission ausgebreitet, sondern nur durch die Praxis des Parlaments selber überzeugt. Sein Sein oder Nichtsein hängt davon ab, ob eine Mehrheit vorhanden ist, die imstande ist, ihrem Willen positiven Ausdruck zu geben. Da ist es freilich kein erfreulicher Anfang, wenn die Mehrheit in einer Frage, in der sie sachlich einig ist, sich über die Taktik des Vorgehens nicht einigen kann.

Aber was auch von Seiten der bürgerlichen Mehrheitsparteien verkannt sein mag, all das rettet Herrn Dr. Michaelis nicht. Er hat den Fonds des Vertrauens, das ihm bei seinem Amtsantritt entgegengebracht wurde, bis auf den letzten Rest vertrieben. So unerschrocken das ganze Vorgehen der letzten Tage darüber war, wie sich die einzelnen Parteien auf der interfraktionellen Besprechung gestellt haben, was dort beschlossen worden sei und wie man es ausgeführt habe, eint hat sich doch mit Deutlichkeit herausgestellt: daß keine der beteiligten Parteien irgendeinen Schritt aus besonderer Sympathie für Dr. Michaelis unterlassen hat.

In seinem gestrigen Schlusswort auf dem Parteitag hat Scheidemann nochmals hervorgehoben, daß Herr Dr. Michaelis ohne die geringste Billigungnahme mit der Volksvertretung einen Pakt übernommen hat, dem er in keiner Weise gewachsen war. Der Reichstag hat Herrn Michaelis sicher nicht in persönlich gehässiger Weise nachgetragen, doch er bei seiner Berufung ins Amt nicht gefragt worden ist, aber es hat sich doch gezeigt, daß es ein gefährliches Experiment ist, auf die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung zu rechnen, wenn das Parlament auf die Bildung der Regierung keinen Einfluß hat. Im Falle Michaelis ist das Experiment völlig mißlungen, und niemand zweifelt, daß die Regierung, nicht das Parlament, die Konsequenzen tragen muß.

Der Fall Michaelis hat die Unmöglichkeit des heutigen Systems klar bewiesen. Aber das entbindet den Reichstag nicht von der Pflicht, seinerseits die volle Möglichkeit des parlamentarischen Systems klar zu beweisen. Das sollten die bürgerlichen Mehrheitsparteien in allen ihren Handlungen wohl bedenken.

Die Lösung der schwedischen Kabinettskrise.

Ein liberal-sozialistisches Ministerium.

Stockholm, 19. Oktober. Der König hat das Entlassungsgebet des Ministeriums Swarth angenommen. Das neue Ministerium Eden hat den Eid geleistet. Ministerpräsident und Minister ohne Portefeuille ist Eden (liberal), Minister des Äußeren Hellner (nicht im Reichstag), Justiz Voesgren (neugewählter Reichstagsabgeordneter, liberal), Krieg Nilsson (liberal), Marine Palmstierna (sozialist), Inneres Schotte (liberal), Finanzen Brauning (sozialist), Unterrichts Nyden (sozialist), Landwirtschaft Pettersen in Paboda (liberal), ohne Portefeuille Petren (liberal) und Ruden, Professor der Rechte in Uppsala (sozialist), beide nicht im Reichstag.

Das neue Ministerium, in dem neben sieben Liberalen vier Sozialisten sitzen, bedeutet, daß der Widerstand der Konservativen gegen sofortige Wahlreform nicht durchdrang. Sie mußten das Feld räumen.

Tumult in der italienischen Kammer.

Die neue Kammergruppe.

In der letzten Kammer Sitzung ereigneten sich, nach Meldung der Tel.-Union, ungläubliche Ständalagen. Bei der Budgetdebatte griff der Abg. Campana die Regierung heftig an, er verpötelte Bissolati, der erst Cadorna stürzen wollte, sich aber schließlich mit ihm versöhnte. Bissolati ruft dem Abgeordneten zu: „Sie sind ein alter Korr!“ Campana schreit zurück: „Und Ihr Karren wolle 500 000 Italiener vor der österreichischen Offensive nach Frankreich senden!“ Die ganze Kammer gerät hierüber in Aufruhr und es erfolgt das übliche Trommelfeuergewehrlicher Beschimpfungen: Schurken! Verräter! Verbrecher! usw. Ein neuer Ständal bricht aus, als die Abgeordneten Casalini und Modigliani die Vorfälle in Turin zur Sprache bringen und die Minister der Erklärung ungeschuldig Demonstrationen anlagern. Bissolati schreit zu den Sozialisten hinüber: „Ich würde gegen Euch auch mit Maschinengewehren vorgehen lassen!“ (Unbeschreiblicher Tumult) Schließlich erklärt Bissolati, daß er alle Verantwortung für die Handlungen der Minister übernehme. Eine Tagesordnung Mussatti, in der jede Politik verurteilt wird, die auf Ploumacheit abzielt, ist eingebracht worden.

Hinter den Kulissen des Hauses steht die feierlichste Konferenzfähigkeit der einzelnen Parteien fort und liefert so den Beweis des Fortbestehens der Regierungskrise. Die neue Partei ist auf 107 Mitglieder angewachsen und hat den Namen einer „Parlamentarischen Union“ angenommen.

„Avanti“ erklärt, die Opposition der italienischen Sozialisten in der Kammer gelte nicht dem Ministerium Bissolati, sondern dem Kriege. Die parlamentarische Lage werde selbst durch eine Kabinettskrise nicht geändert werden.

Ein römisches Verdict der „Stompa“ erklärt, daß unvorhergesehene Ereignisse eintreten könnten, durch die die angelegten Debatten im Parlament anfallen würden. Auf dem Monte Citorio werde selbst von angelegten Abgeordneten davon gesprochen, daß die den Reformsozialisten angehörigen Minister Bissolati und Bonomi sowie der Republikaner Commandini angesichts der Haltung ihrer parlamentarischen Gruppen großen Widerwillen an den Tag legen, weiterhin im Ministerium zu verbleiben. Tatsächlich hätten die Republikaner gegen die Regierung gestimmt, und die Reformsozialisten hätten die Absicht, zur Opposition überzugehen. Der Korrespondent meldet schließlich, daß der ehemalige Minister Facta der neuen Gruppe beigetreten sei, was nicht ohne Bedeutung sei. Bereits gestern Abend habe eine wichtige Besprechung zwischen Bissolati und Facta stattgefunden.

Wolländer Blättern zufolge verlangt die neue Kammergruppe die Wiederherstellung der Kraft der außerordentlichen Vollmachten erlassenen Kriegskredite auf die Kriegsnotwendigkeiten. Sie tritt für die Rechte des Parlaments ein und verurteilt den Beschluß, für die Dauer des Krieges nur kurze budgetlose Provisorien zu gewähren. Schließlich will die Kammergruppe eine parlamentarische Kontrollkommission für die Lebensmittelversorgung fordern und wird der im Parlament vorgelegten Untersuchung der Finanzierung der Zeitungen beipflichten.

Die neue Gruppe, die aus dem Kreise der Anhänger Giolittis hervorgegangen ist, nimmt also hiernach keine kriegsgegnerische Stellung ein. Sie wird aber von den Kriegstreibern mißgünstigt und scharf betrachtet. Giolitti selbst nahm alsbald

nach Zusammentritt der Gruppe Gelegenheit, ein Telegramm kriegsbegeisterter, fiesgehaltloser Inhalts abzusenden. Angenommen wurde, daß er sich damit gegen die auf ihn niedergehenden Angriffe bedenkend und andeutend wolle, nicht er sei der Vater der neuen Gruppe.

Unterhausanfragen zur Papstnote.

Im englischen Unterhaus hat Lord Cecil auf Anfragen, die die Stellung der Alliierten zur Antwort Wilsons auf die Papstnote betreffen, geantwortet, die Antwort sei nicht das Ergebnis einer Verständigung mit den Alliierten gewesen und England habe sie nicht als eigene Antwort übernommen. Auf die Frage, ob die Regierung überhaupt zu antworten gedenke, erklärte Cecil, die Antwort verziehen zu wollen.

Auch eine Nachfrage gab es zu erörtern. Sie hing mit einer katholischen Konferenz zusammen, die in Granada zur Jahrhundertfeier des heiligen Suarez tagte und auf der auch die Friedensnote des Papstes zur Besprechung gelangte. Die englische Regierung weigerte den englischen Delegierten in diesem Falle die Pässe nicht; die Gelegenheit, mit deutschen Delegierten zusammenzutreffen, war diesmal kein Grund, die Pässeverteilung an besondere Bedingungen zu knüpfen. Die englische Regierung will auch nicht gewagt haben, daß die Papstnote zur Besprechung gelangte. MacDonald, der bekanntlich zu denen gehört hat, die sich für die Reise nach Stockholm einen Maulkorb gefallen lassen sollten, brachte die Angelegenheit in einer Anfrage zur Sprache, und Lord Cecil bediente sich in bezug auf den hiesigen Punkt mit folgender Antwort: „Voraus die Pässe erteilt waren, was uns nur bekannt, daß alle auf diesem Kongreß zur Besprechung kommenden Fragen ausschließlich auf die Suarez-Feier Bezug haben sollten; aber jetzt erfahren wir, daß auch die Papstnote zur Besprechung kam. Die englischen Abgeordneten haben sich indessen nicht an der Besprechung beteiligt.“

Friedensverhandlungsgerüchte.

Vern, 18. Oktober. Wie der „Vund“ von amtlicher österreichischer Seite erfährt, ist die Meldung der „Sentinelle“ über Friedensverhandlungen in Bern frei erfunden. Leider!

Schlecht Wetter für Painlevé.

Vern, 19. Oktober. Die vorgestrige französische Kammer Sitzung wird von den Blättern sehr abfällig besprochen. Es sei ein schlechter Tag für Regierung und Parlament gewesen. Im allgemeinen herrsche die Ansicht, daß die Regierung durch die Verhandlungen nicht gefördert worden sei. Einige Blätter wie „Echo de Paris“, „Lanterne“ und „Petit Republicain“ geben ohne weiteres zu, daß das Kabinett zurücktreten müsse, oder daß Painlevé mindestens zur Umbildung des Kabinetts gezwungen sein werde. So erklärt „Lanterne“, der vorgestrige Tag habe das Schicksal des Kabinetts Painlevé besiegelt. Die Abstimmungen seien berechtigt und seine Amtsgenossen hätten sie verstanden. Ebenso abschneidend verhält sich die sozialistische Presse.

Renaudel erklärt in der „Humanité“, die Sozialisten hätten recht gehabt, als sie feinerzeit die Beteiligung am Kabinett Painlevé verweigerten. Ihre Erwartungen seien vorgestern vollst. erfüllt worden. Das Kabinett sei unzulänglich und schwach. Painlevé habe es nicht richtig ausgewählt verstanden. Die jetzigen stürmischen Sitzungen mit dem Zusammenstoßen der verschiedenen Strömungen seien nur die Folge des Jögerns und Schwankens und des Mangels an Leitung, der die ganze Tätigkeit der Regierung seit zwei Monaten kennzeichnet. Auch „Evenement“ erklärt, die Pflicht der Regierung sei es, aus der schwachen Mehrheit die Schlussfolgerungen zu ziehen. Selbst „Temps“ erklärt, niemals sei vorhergesehen worden, daß die Spaltung habe in einzelne Kammergruppen übergegriffen. Niemals sei die Lage zweideutiger gewesen, weil die ganze Lage seit dem 4. Oktober auf eine falsche Grundlage gestellt sei.

Paris, 19. Oktober. (Havasmeldung.) Auf Eruchen der Regierung hat die Kammer die Interpellation Ribeyra über die allgemeine Politik der Regierung mit 337 gegen 214 Stimmen auf morgen verschoben.

Die Lage in Rußland.

Maslow Ackerbauminister — Der Zovjet gegen die Ledorganisation — Ende des Papierarbeiterstreiks — Militärputsch in Odesa — Unruhen im Kaukasus.

Ein Ulas der vorläufigen Regierung ernennt den revolutionären Sozialisten Maslow, Vizepräsident des großen Landwirtschaftlichen Ausschusses, zum Ackerbauminister. Dieses war der einzige Posten, der in der wiederhergestellten Regierung noch unbesetzt war.

Der Hauptvolksgewalt der Arbeiter- und Soldatenrats nahm einen Beschluß an, der betont, daß die Epidemie der Unordnung und der Unruhen, die in letzter Zeit fast das ganze Land ergriffen hat, den Staat unrettbar zur Anarchie und Auflösung treibt. Der Beschluß erklärt weiter, daß die revolutionären Arbeiter, Bauern und Soldaten die große Gefahr dieser Pogrome für die Sache der Freiheit einsehen müßten und alle Anstrengungen darauf richten müßten, sie zu bekämpfen. Der Beschluß fordert den Arbeiter- und Soldatenrat der einzelnen Bezirke auf, ohne Gnade, selbst unter Zuhilfenahme der Armee, alle Versuche, Unruhen zu stiften, zu unterdrücken und empfiehlt, hierzu besondere Ausschüsse zu bilden.

Nach einem Ausserdamer Blatte meldet die „Times“ aus Petersburg:

Eines der heftigsten Anzeichen ist das fortwährende Anwachsen der Anarchie. Die Nachrichten aus der Provinz werden täglich schlimmer. Die Bauern bemächtigen sich nicht allein des Landes, sondern auch der Häuser und des Viehes der Gutsbesitzer. Während in Petersburg das Leben meistens äußerlich beinahe normal verläuft, herrscht nicht weit davon unter der Oberfläche ein anderer Zustand. Die Miliz sucht nach 18 000 Verbrechern, die in Petersburg entsprungen sind. Die Zahl der verdächtigen Häuser und Nachklubs hat sich umgänglich vermehrt. Es wird übermäßig gespielt. Die Unficherheit der Zukunft und die Kahlköpfigkeit der Miliz, die für Ordnung sorgen soll, tragen dazu bei, die Moral zu untergraben.

Nach einem Ausserdamer Blatte meldet die „Times“ aus Odesa über die Unruhen in Bessarabien: Die Unruhen haben sich von dem Land auf die Städte übertragen, namentlich auf Tiraspol. Hier wurde die Niederlage von Spirituosen in Brand gesetzt und die Klammern haben die benachbarten Häuser ergriffen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Aufstrebenden und den Truppen. Unter der städtischen Bevölkerung herrscht Hungernot. Abteilungen von Matrosen mit Maschinengewehren und bereitete Artillerie (die sogenannte rote Garde) sind nach Bender geschickt

worden, wo nach den inzwischen eingetroffenen Berichten die Ruhe wiederhergestellt ist.

Die Petersburger Blätter melden, daß der Zustand in den Papierfabriken, dessen Andauern den regelmäßigen Fortgang der Wahlkampagne für die Befehlgebende Versammlung bedroht hatte, gestern beendet wurde.

„Temps“ meldet: In Odesa wurde eine Gruppe von Offizieren, an deren Spitze Leutnant Gullaroff stand, verhaftet, die sich des Generalkommandos des Militärdistrikts und des Telegraphen bemächtigen wollten.

Aus Kutais (Kaukasus) meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Schwere Unruhen ereigneten sich hier, in deren Verlauf der Pöbel die Viertel in der Mitte der Stadt plünderte. Es wurde der Kriegszustand verhängt.

Der Krieg auf den Meeren.

Der Kampf im Noon-Zund — Slava auf Grund gesetzt — Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer.

Berlin, 19. Oktober. 1. Nach Niedertämpfen der Batterien auf Werder und Noon am 18. Oktober durch Linienfahrer und Kreuzer der Flotte wurde in weiterem zielbewussten Zusammenarbeiten mit dem Heer die Insel Noona genommen. Teile unserer leichteren Seestreitkräfte unterstützten dabei den Uebergang über den Kleinen Sund im Norden. Bei den Kämpfen im Noonfund hat ein unserer Linienfahrer das russische Linienfahrer Slava durch Treffer in der Wasserlinie so schwer beschädigt, daß es auf hohem Wasser nordwestlich der Insel Schildbau auf Grund gesetzt wurde. Gleichzeitig wurde ein russischer Torpedobootszerstörer vernichtet.

Der Rest der feindlichen Flotte befindet sich auf weiterem Rückzug nach Norden.

2. Unermüdligh, Tag und Nacht tätig, haben deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote im Mittelmeer neue große Erfolge erzielt.

13 Dampfer und 4 Segler mit über 40 000 Br.-R.-To.

sind versenkt worden.

Im besonderen wurden die Transporte nach Italien empfindlich getroffen. Ein Unterseeboot vernichtete allein vier nach italienischen Häfen bestimmte Kohlendampfer mit rund

15 000 Tonnen Kohle.

Unter den versenkten Schiffen waren die bewaffneten englischen Dampfer Triton (3221 Tonnen), Saumen (3680 Tonnen), Kirriemoor (3296 Tonnen), die griechischen, im Dienste der Entente fahrenden Dampfer Nicolaos Koufod (2421 Tonnen) und Constantinos Gmbiricos (2611 Tonnen).

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Russischer Admiralsstabesbericht vom 18. Oktober. Die feindliche Unternehmung gegen Desel endigte am gestrigen Tage mit der vollständigen Besetzung der Insel, vor welcher wir alle Bauten von militärischer Wichtigkeit zerstörten. Unter Ausnutzung dieses Erfolges, welcher uns die unmittelbare Beobachtung der Meerenge von Irben benahm, drang der Feind während der Nacht in den Meerbusen von Riga ein und bei Tagesanbruch des 17. Oktober wurden die vorgeschobenen Einheiten seiner Flotte durch unsere Patrouillenschiffe entdeckt. Zuerst wichen unsere Schiffe unter dem Druck von Kreuzern und Torpedobooten des Gegners langsam in den Noonfund zurück. Aber dann nahmen unsere Großkampfschiffe Grasetdanin und Slava und der Kreuzer Bajan mit Torpedobooten den Kampf mit dem Feinde in der Bucht von Riga auf und vertieften durch ihr Feuer die feindliche Vorhut, wobei sie auf das Gros des Feindes stießen, mit welchem sie ins Gefecht kamen. Das feindliche Geschwader wurde durch zwei Großkampfschiffe geführt von Thy Großer Kurfürst. Während des folgenden ungleichen Kampfes versuchten die feindlichen Großkampfschiffe auf eine Entfernung zu feuern, welche die Tragweite der Artillerie unserer alten Linienfahrer überstieg. Trotz dieses augenscheinlichen Vorteils des Feindes vertheidigten unsere Schiffe lange Zeit die Zufahrt zu der Bucht und schließlich die sehr schweren durch das Feuer der Großkampfschiffe erlittenen Schäden zwangen sie, sich in die inneren Gewässer des Noonfund zurückzuziehen. Unser Schiff Slava, das an manchen Stellen schwere Durchlöcherungen davongetragen hatte, sank, aber fast seine ganze Besatzung wurde durch unsere Torpedoboots gerettet.

Während dieses Kampfes vertrieben die an der Zufahrt des Noonfundes aufgestellten Küstenbatterien die feindlichen Torpedoboots, welche an unsere Schiffe heranzukommen suchten. Aber nach dem Kampf vereinigten die deutschen Großkampfschiffe ihr Feuer auf diese Batterie, die in kurzer Zeit vernichtet wurde. Hierauf suchte der Rest unserer Seestreitkräfte im Noonfund selbst die heftigen Angriffe des Gegners, welche dieser vom Norden her gegen die Nachhut der kämpfenden Schiffe richtete, aufzuhalten, aber diese feindlichen Versuche zerbrachen an dem erbitterten Widerstande unserer Schiffe und blieben ergebnislos. Zu gleicher Zeit warfen zahlreiche Seeflugzeuge eine große Masse Bomben auf unsere Schiffe. Später beschloß der Feind durch mörderisches Feuer von Großkampfschiffen vom Thy Kaiser und eines Kreuzers die Küste in der Gegend dieser Landungsstelle.

Die an den vorhergehenden Tagen entdeckten unsere Beobachtungsschiffe vor den Inseln Desel und Dagö Schiffe verschiedener Typs, darunter Großkampfschiffe, die von einer großen Zahl Torpedoboots und Patrouillenschiffe begleitet wurden. Die Gesamtzahl der in dieser Gegend in den Grenzen der Sicht unserer Beobachtungsposten wahrgenommenen feindlichen Schiffe stieg zeitweise auf 68.

Reval wird geräumt.

Petersburg, 19. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) „Kowoje Wremja“ meldet: Am 18. Oktober begann die Räumung Revals aus Anlaß der durch die deutsche Landung für die Stadt geschaffenen bedrohlichen Lage. Der größte Teil der Einwohner verläßt die Stadt und begibt sich nach den inneren Provinzen Rußlands.

Petersburg, 19. Oktober. (Reuter.) Angesichts der neuen Lage ergreift die Regierung Maßnahmen zu baldiger Räumung der Hauptstadt.

Sprenggranaten auf Dünkirchen.

Berlin, 19. Oktober. Amtlich. Teile unserer Torpedo-Streitkräfte haben in der Nacht vom 18. zum 19. Oktober Dünkirchen angegriffen und 250 Sprenggranaten auf nahe Entfernung gegen die Hafenanlagen der Festung gefeuert. Das Feuer wurde von Landbatterien und den auf Reede liegenden feindlichen Streitkräften, die von uns ebenfalls mit sichtbarem Erfolge bekämpft wurden, erwidert; ein englischer Monitor wurde durch drei Torpedotreffer und zahlreiche Artillerietreffer schwer beschädigt. Die eigenen Boote sind vollständig und unbeschädigt ringelassen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Tabak und seine Kultur.

Die im letzten Jahre fühlbar gewordene Tabakknappheit wird manchen Freund des würzigen Krautes schwerer treffen, als der Verzicht auf leckere Nahrungsmittel. So ganz schlimm sieht es nun aber doch nicht mit unseren zukünftigen Tabakausichten. Denn wenn Deutschland bisher auch nur etwas mehr als ein Drittel seines Tabakbedarfs selbst erzeugte, so könnte diese Erzeugung doch wesentlich gesteigert und dadurch immerhin der dringende Bedarf gedeckt werden. Freilich, gegen sein eigenes Kraut ist der Deutsche noch immer etwas misstrauisch, ist es aber vielfach mit Unrecht, denn der deutsche Tabakbau liefert häufig so vorzügliche Erzeugnisse, daß vor dem Kriege ein ganz beträchtlicher Teil des deutschen Tabaks ins Ausland wanderte.

Durch ihre große Anpassungsfähigkeit an die verschiedensten Temperaturverhältnisse ist die Tabakpflanze recht viel in der Welt herumgekommen und ihrer amerikanischen Heimat längst untergeordnet. Sie wird heute in Holland und Rußland ebenso wie in England, in Mexiko und in Argentinien, und in Deutschland, wo hauptsächlich das Elb- und die bayerische, badische und hessische Pfalz, Brandenburg und Schlesien als Anbauorte in Betracht kommen, waren in den letzten Friedensjahren fast 200 000 Menschen beim Tabakbau beschäftigt. So dankbar die Tabakpflanze nun ist, wenn ihr Boden und Klima auch nur einigermaßen zuträgen, so viel Mühe machen ihr Anbau sowie ihre Pflege und Behandlung, bis sie endlich — zunächst als Rohprodukt — in den Handel kommen kann. In unserem Klima fällt die Zeit der Aussaat in den März. Die Saat erfolgt in Reihen, den sogenannten Tabakslücken, worauf man die jungen Pflanzen gewöhnlich im Juni ins Freie setzt, in gut gedüngten und möglichst tief bearbeiteten Boden, der immer mäßig feucht gehalten werden muß. Während ihres Wachstums müssen die Pflanzen vor großen Wetterunbilden und Ungeziefer geschützt und je nach Bedarf gelöst oder auch ihrer Seitentriebe beraubt werden, wodurch das Einzelblatt kräftiger gedeiht. Wenn die Blätter sich zu entfalten beginnen, schneidet man zur Ernte, die wieder mühsam genug ist, da jedes Blatt einzeln geerntet werden muß, und weil die Blätter natürlich nicht alle zur gleichen Zeit erntereif sind. Aber mit der glücklichen Vollreife der Ernte ist doch ein gut Teil der Arbeit erledigt, denn jetzt folgt für den Erzeuger wenigstens, nur mehr das Trocknen des Tabaks, wobei die Blätter, auf Schnüre aufgezogen, in luftigen Trockenschuppen oder Speichern oder auch oft nur an der Hauswand aufgehängt werden und nach völliger Trocknung, nun als „dohrrif“ bezeichnet und in große Bündel gebunden, als Rohprodukt dem Handel übergeben werden können. Der so getrocknete Tabak ist aber keineswegs schon fäbrizationsreif, sondern er muß erst noch einem Gärungs- oder Fermentationsprozeß unterworfen werden. Auch der fermentierte Tabak wird nicht verarbeitet, ehe er nicht verbeizt, d. h. sein Aroma veredelt ist, was durch das Säurieren, das Eintanzen der Blätter in gewürzreiche, wohlriechende Flüssigkeiten oder auch durch allerbhand aromatische Zusätze und Parfüms — erlaubt sind in Deutschland z. B. Zusätze von Veilchenwurzelpulver, Irisch- und Rosenblättern, während Waldmeister, Lavendel- und Kartoffelkraut verboten sind — erreicht wird. Die Auswahl der einzelnen Zusätze wie auch die Zusammenstellung der verschiedenen „Saucen“ sind natürlich immer streng behütete Fabriksgeheimnisse. Die Weiterbehandlung des Tabaks hängt nunmehr von seiner Bestimmung ab. Die als Rauchtobak vorgesehene Ware wird entweder klein geschnitten und geröstet oder auch in Rollen gesponnen und dann gepreßt, der Schnupftabak geschnitten, gewaschen und gebeizt, und der Rauchtobak ebenfalls gesponnen, außerdem aber noch mit irgendeiner zuckerhaltigen aromatischen Substanz benetzt oder auch mit einem Gewürzsaft, wie z. B. Anis oder Fenchel, versehen.

Um die knappen Tabakvorräte einigermaßen strecken zu können, hat man neuerdings Zucht bei allerhand Tabakerzeugnissen gesucht. Die meiste Verwendung findet hierbei alter Hopfen, der sogar auch fabrikmäßig zu Tabak verarbeitet wird und sein zermahlen unter Zusatz verschiedener chemischer Stoffe einen recht guten Rauchtobak liefern soll. Nicht weniger als 20 000 Zentner Hopfen wurden in letzter Zeit zum Zweck der Tabakfabrikation angekauft. Auch der Abfall der Lindenblüten — die Staubgefäße und Kelchblätter —, den man im Sommer massenhaft unter den Lindenbäumen findet, wird als ganz treffliches Tabakerzeugnis empfohlen. Stärkere Tabakerzeugnisse soll man sogar bis zur Hälfte mit Lindenblütenabfall strecken können, ohne daß Aroma und Brennbarkeit auch nur irgendwie beeinträchtigt werden. Dazu kommt ein feiner Duft, der den Genuß der „gestreckten“ Zigarre sogar noch erhöht.

Das Tabakrauchen ist über die ganze Erde verbreitet. Als Aromatisierendes berühmte Nordwestpazifische einen Teil des Festlandes und der Inseln des nördlichen Eismeres bereiste, konnte er das seltsame Schauspiel beobachten, daß ein zehnjähriger Eskimo-

junge bald an der mütterlichen Brust lag, um einen Schluck Milch zu nehmen, bald wieder seinem Vater die Pfeife aus dem Mund stülzte, um ein paar Züge daraus zu tun. Und ein treffendes Gegenstück zu diesem rauchenden Säugling bilden die Kinder auf den Inseln bei Neu-Guinea, die gleichfalls, noch ehe sie erwachsen sind, schon Zigarren rauchen. Freilich ist es nur in den seltensten Fällen wirklicher Tabak, was diese großen Säuglinge des nördlichen Eismeres und der Südpole rauchen; wird doch vom leidenschaftlichen Raucher in der Not bekanntlich so ziemlich jeder glimmfähige Gegenstand als Tabakerzeugnis angenommen.

Paul Bütners dritte Sinfonie.

Paul Bütnner, der in Dresden als Musikkritiker der „Dresdener Volkszeitung“ lebende Tonbildner, führte uns selbst im ersten Sinfoniekonzert der königlichen Kapelle seine dritte Sinfonie in Des-dur vor. Es war eins der wenigen wirklich großen und nachhaltigen Ereignisse unseres überreichen Musiklebens.

Was Bütnner vor den meisten der zeitgenössischen Tonbildner auszeichnet, das ist sein Wurzeln im Volkstum, seine Bodenständigkeit, seine naturwüchsige Kraft gegenüber den vielen krankhaften Weiterentwicklungen in der modernen Kunst. Bütnner, der aus den einfachsten Verhältnissen emporgetreten ist, und der das Rüstzeug zu Genüge ausgekostet hat, kümmert sich nicht um die ästhetischen und modischen Forderungen des Tages. Seine Musik ist die Sprache seines Herzens. Mit schlichten Worten sagt er es selbst: „Neben die Idee der Des-dur-Sinfonie, die mir eingegeben worden ist und die ich als treuer Knecht in die reinste Form, die ich beherrsche, gekleidet habe, mag ich nicht sprechen. Möge sie selbst zu den Seelen sprechen.“ Bütnners Musik hat den Zug ins Große. Eine unerschöpfliche Fülle von Melodien ergießt sich in freilebendem Strom; die künstlerische Form ist großzügig gestaltet, ganz aus dem gewaltigen, leidenschaftlichen Höhenflug der Gedanken geboren. Hier spricht eine Sprache der Grobheit, der Tonkunst, einer, der wie Schubert und Bruckner gefolgt ist mit Genie. Die Des-dur-Sinfonie zeigt eine Reife und Ursprünglichkeit der Eingebung, eine bezaubernde Klangschmelze in der farbenreichen Orchesterbehandlung, eine Geschlossenheit in der Verarbeitung der Themen, die dieses Werk von der ersten bis zur letzten Note zu einem der fesselbarsten der ganzen neueren Symphonik machen. Wir erkennen mit Genugtuung, daß Bütnner einen eigenen Stil von ausgeprägter Selbstständigkeit hat, der das Erhabene mit dem Menschlichen, das Dramatische mit dem Lyrischen wunderbar vereinigt. Die Ideale einer flammenden Seele, eines härmlichen Wollens und innigen Empfindens finden ihre schönste Verkörperung in diesem Meisterwerk. Wir werden im tiefsten Innern gepackt von der rückhaltlosen Wahrschaffigkeit des Ausdrucks und der Kraft der Überzeugung, die aus den Tönen Bütnners zu uns spricht, schmeichelnd wie ein Liebender, fühlbar wie ein Lieberwunder, strahlend im Glanz eines Schöpfers, der seines Zieltes sicher ist.

Paul Bütnner hat wie alle Großen die Tugend des Barockes erproben müssen. 18 Jahre lang hat die Fortschritt seiner ersten Sinfonie im Pult gelegen, ehe sie zum Erlingen kam. Eine große Reihe bedeutender Schöpfungen sind unterdessen von ihm verwirklicht worden. Nun oder ist das Eis gebrochen. Deutschlands erste Kunstschule, die königliche Kapelle in Dresden und Berlin, das Gewandhaus-Orchester in Leipzig, haben sich seiner Sinfonien angenommen. Und überall ist die Begeisterung der aufmerksamen Zuhörer dieselbe überströmende. Dem nun bald fünfzigjährigen wird jetzt die Genugtuung der Verehrung der Besten. Und mag die Kleinlichkeit versuchen, an seiner Bedeutung zu mäßen, wie sie es immer getan hat, solange es große Menschen gibt — der Sieg ist Bütnners sicher. Wir grüßen ihn heute als den langverheißenen Tonbildner, der unserer Zeit wieder das reine beglückende Erlebnis einer aus innerstem Herzen erwachsenen Höhenkunst bringt.

Residenz-Theater. „Kaskolnikoff“.

Schauspiel von Leo Birinski.

Der Versuch, das weltberühmte Werk des großen Russen dramatisch auszumalen, konnte, wie sich mit völliger Gewißheit voraussagen ließ, unmöglich gelingen. In den allgemeinen Schwierigkeiten, die sich von vornherein jeder Umschmelzung von Romanen und Novellen zur Bühnenform entgegenstellen (Hauptmanns jüngstes Experiment liefert ein neues Beispiel), tritt hier der ungeheure Gegensatz zwischen der grenzenlosen Fülle fesselnder Beziehungen bei Dostojewski zum eng begrenzten Theaterrahmen noch hinzu. Dies in Betracht gezogen, wird man inbezug der Birinski'schen Bearbeitung, die vor geraumer Zeit entstanden, hier in Berlin noch

nicht zur Aufführung gelangte, Geschick und kluges Augenmaß der Auswahl nicht befehlen können. Der Autor vermeidet es, was im Theater doch nur Stoff zu billigen Effekten hätte liefern können: die Tat Kaskolnikoffs, die Ermordung der alten Wucherin, auf offener Szene vorzuführen. Wir hören nur davon. Er schaltet ferner die in den Tiefen ihres Jenseits ja doch nicht auf der Bühne darstellbare, für Dostojewski's Dichtung so bedeutsame Figur der Sonja, der armen Prostituierten, völlig aus, und beschränkt sich nach einem einleitenden Akte, der den jungen darlebenden Studenten im Kreise der Familie und in seinen skeptisch zerrissenen Jünglingsjahren zeichnet, darauf, im engen Anschluß an das Original sein Ringen mit dem überlegenen, ihn Schritt um Schritt zu dem Geständnis drängenden Untersuchungsrichter vorzuführen. Die innere Umwandlung, der Springpunkt des Romans, wird nur am Schluß symbolisch angedeutet. Der Richter, der dem Ueberführten den Gedanken, sich durch Selbstmord der sicheren Beurteilung zu entziehen, beim Abschied nahe legt, sieht aus dem Fenster, wie Kaskolnikoff, aus dem Hause tretend, in bühnenberühmter Selbstbegeisterung auf offener Straße wiedererlebt. So dürftig ein solcher Auschnitt neben dem Romane sich ausnimmt, wird in ihm doch, entgegen der sonst bei Romanadaptionierungen gewöhnlichen Manier des bunt spezialisierten Auseinanderlaufens der Situationen, eine gewisse Geschlossenheit gewahrt, und etwas von dem Geist des Wertes dem Zuschauer vermittelt.

Herr Szalit, der bereits in der Warschauer Zitadelle und anderen Stücken sich als ein ausgezeichnetes Darsteller einer zwischen revolutionärer Auflehnung und Depressionen hin und herpendelnder Jugend erwies, skizzierte den grüblerischen, sich durch verteilte theoretische Sophismen zum Wagnisse eines blutigen Aufstandes herausfordernden Jüngling mit eindringlich starkem Nachempfinden. Das heroische Schauspiel am Beispiel großer Männer der Geschichte, sowie der Jammer des Gemachten nach vollbrachter Tat, kam überzeugend lebendig zum Ausdruck. In kleineren Rollen traten Rosa Valenti (als Mutter), Herr Jalenstein als Arzt und Blümenzer charakteristisch hervor. Das Schauspiel des Abends war der blendend-pulverliche, sozial sich gebende Untersuchungsrichter Hermann Vallentin, der wie die Rahe mit der Maus mit dem Verdächtigen spielt. Eine Gestalt von solchem Besitze der Beleuchtung und wiederum in allen rätselhaften Widersprüchen von so frappanter Rundung, daß sie direkt aus Dostojewski's eigener Phantasie emporgetragenen schien.

Notizen.

— Professor F. B. Förster wird an der Münchener Universität seine Vorlesungen wieder aufnehmen, nachdem er zwei Semester nach der Schweiz beurlaubt war. Bekanntlich hatte er durch seine auf einen Verständigungsfrieden hinführenden Betrachtungen das Mißfallen einiger „Patrioten“ erregt. Er hat auch erst eine rein wissenschaftliche Behandlung zusehen müssen. Professor Förster liest u. a. über „Das Problem der Demokratie“ und „Nicht-Verantwortlichkeit mit besonderer Berücksichtigung der Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung“. Diese Streitschrift richtet, in der machbar-keitsvollen Verheerung des Wertes, ist neuerdings wieder ausgegraben und wird für die ganz anders liegenden Verhältnisse von heute mit Unrecht ausgebeutet.

— Ein ehrenvolles Jubiläum. Der Chefarzt des schwebischen Jubiläumsausstages, Dr. Karl Gerold, hat dieser Tage seine 100. Reise mit Austauschgefangenen durch Schweden gemacht. Der schwedische Arzt hat seit dem Beginn der Jubiläumstransporte, also seit dem 9. August 1915, als Chefarzt Dienst getan.

— Entfernung des Basilewicz-Denkmal in Warschau. Im Jahre 1898 ließ die russische Regierung dem Feldmarschall Basilewicz, der den polnischen Aufstand von 1831 granatam unterdrückt hatte und dann Statthalter von Polen war, in der Krakauer Vorstadt in Warschau ein Denkmal errichten. Dieses Denkmal soll nun entfernt werden. Damit verschwindet aus der Hauptstadt des befreiten Polens wieder eine Erinnerung an die Zeit der russischen Herrschaft.

— Das Borrüden der Gleisler. Nachdem sich in den letzten Jahrzehnten ein erheblicher Rückgang der Gleisler bemerkbar gemacht hatte (einige waren über 1000 Meter zurückgewichen), ist seit 1915 wieder ein Borrüden festzustellen. 1915 war — nach einer Zusammenstellung Prof. Brückners — nur noch die Hälfte der Gleisler in den Etschalen im Rückgang, die anderen rückten vor oder behaupteten sich wenigstens. Ob dieser neue Borrück der Gleisler zu dem noch der 70-jährigen Periode für die Jahre 1920—1922 zu berechnenden Hochstände führen wird, muß natürlich abgewartet werden. Die Alpenlandschaft wird jedenfalls an großartiger Schönheit dabei gewinnen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

16] Von R. Francé.

Dann seufzte sie schwer und Caballo, dem der Mißerfolg der ersten Frage sichtlich Unbehagen verursachte, bat, von weiterem Inquirieren abzusehen, das Redium sei offenbar durch jemand, der ihm nicht zu Gesicht stehe, beeinflusst.

Ein neuer freundschaftlicher Zusammentritt Hundts traf unter dem Tisch nicht den, dem er zugehört war, sondern Caballo, der erstarrt auf Dr. Widmont blickte.

Da sprang das Mädchen, ohne daß jemand eine Frage an sie gerichtet hatte, auf, hob wie beschwörend die Arme, während ein Schauer sie schüttelte.

„Weg, weg von hier!“ gellte sie mit hellster Kinderstimme.

„Was siehst Du?“ schrie sie donnernd den Magnetiseur an, dem für seinen Auf bangte.

„Ein Mann, viele Orden, blaues Kleid, viel Gold — —“

„Wie sieht er aus?“

„Blau, er hat ein Vorknon, blaß . . .“

„Was macht er?“

„Ich sehe nichts,“ wimmerte sie.

„Schau genau, was siehst Du?“

„Er hält einen Vogen, nein, einen Brief.“

„Was steht darin?“

„Ich kann es nicht lesen“, und mit einem tiefen Seufzer fiel sie zurück. Nach Sprach Caballo zu und setzte seine Fragen während seiner Operationen fort. Alle waren aufgesprungen und umdrängten die Beiden.

„Was steht in dem Briefe?“ rief gellend der Italiener. —

„Re . . . Re“ stammelte Fatma. „Ich kann nicht.“ Und ohnmächtig sank sie zusammen. Schaum trat aus ihrem Munde, ihr schmerzverzerrtes Gesicht wurde fürchterlich fahl und als die Teilnehmer dieses merkwürdigen Vorfalles später miteinander davon sprachen, behauptete der Stadtmedikus steif und fest, er habe in jener letzten Minute gesehen, wie zwischen den gekrampften Fingern und dem Munde der Unglücklichen leuchtende silberne Fäden wie ein Spinnwebgewebe hin und her gingen.

Professor Hundt meinte freilich, Phosphorsalbe sei es gewesen, die der verdammte Gaukler und Erzpöbel dem armen Kind um Maul geschmiert, um seine mißlungene Zauberei interessanter zu gestalten. Denn eigentlich sei alles ja nur Unsinn gewesen, gar nichts Vernünftiges sei dabei herausgekommen, wie er noch stets von solchen experimentis magicis gehört . . .

Der Stadtmedikus schien auch nicht befriedigt von dem Resultat. Er machte ein geheimnisvolles Gesicht und sagte, um seine Meinung befragt, nichts als: Ei, ei . . . Das konnte bei ihm stets mehreres bedeuten.

Collalanza sprach gar nichts, sondern zog den Magnetiseur in eine Zimmerdecke und redete dort mit ihm mit gleichgültigem Gesicht, aber doch scheinbar Wichtiges.

Dr. Widmont schien mißgestimmt und bemühte sich wortlos um die arme Fatma, die erwachte, über Kopfschmerzen klagte und überaus elend erschien.

So gingen die Teilnehmer endlich auseinander mit dem Gefühl eines fast völlig mißlungenen Experimentes, da nichts Verständliches von der Traumseherin zu erfahren gewesen.

Nur Jakobus Veizer dachte anders über den Abend und seinen Verlauf. Sein schwärmerischer Geist war in allen Tiefen ausgewählt und wenn er auch manches am Anfang der Sitzung nicht verstand, so hatte es doch wie ein Blitz bei ihm eingeschlagen, als Fatma im magnetischen Traum das Gesicht jenes Mannes im blauen Rock mit Goldkreuz hatte.

Er hatte sofort verstanden, was die anderen nicht zu bemerken schienen, daß es sich hierbei nur um den neuen Statthalter, den Du Regenerberg handeln könne — Zug auf Zug traf da ein: das blaße Gesicht, das Vorknon, die Kleidung. So hatte er den wegen seines Hochmuts unbeliebten und ihm, dem freiheitsdürstenden besonders Verhassten am Tage des Einzuges in seine neue Residenz gesehen. Und der Brief, dessen erstes Wort die Türkin nicht lesen konnte, erschien Jakobus auf einmal auch wohl verständlich. „Re“ mußte nicht Regierung bedeuten, wie man zuerst gedacht, es ließ sich auch ebenso gut auf Revolution ergänzen. Dazu gehörte auch wohl der Auflauf von Menschen, von dem die Seherin gesprochen und der Tote, den sie tragen sah.

Im schwindelte förmlich bei diesem Gedanken. Hatte nicht auch sein väterlicher Lehrer, der Dr. Widmont gesagt,

er habe sich davon überzeugt, wie genau die Gesichte solcher Hellseher eingetroffen seien. Nun, an diesem Abend war ihm etwas prophezeit worden, von dem er fühlte, daß es seinem ganzen Leben eine andere Richtung gab.

Er ging wie im Laumel umher, alles erschien ihm geheimnisvoll, alles hatte auf einmal die merkwürdigsten Beziehungen. Und so mußte er nur verständnislos lächeln, als Dr. Widmont, von dem er sich als letzter empfahl, ihm auf die Schulter klopfte und sagte:

„Beruh dich nur das Vertrauen nicht, Jakobus, wenn auch heute nichts herausgekommen ist. Es waren wohl nicht die richtigen Leute da, die zu solchen Experimenten taugen. Aber man wird sehen, man wird schon sehen. . .“

Wie leuchtete da sein Auge auf — stürmisch drückte er dem überraschten alten Manne die Hand, am liebsten hätte er sie geküßt — und vor lauter Erregung war ihm die Kehle so zugeschnitten, daß er nichts stammeln konnte als ein einziges Wort: „Ich habe schon gesehen, ich weiß. . .“

Dann stürmte er hinunter in die Anatomie, wo er seinen Hut und seine Hefte lassen. Dort war es unheimlich still gegen den Sturm in seinem Innern. Groteske Schatten warf der Schein seiner Laterne an die Wand. Wie gespenstige Gesichter tanzten Lichtstreifen über die Bänke — nun fielen sie auf den Geräderten und beleuchteten sein noch in Todesqual verzerrtes Antlitz und den armen zerdrückten Kopf. . . Während der letzten Stunden war noch Blut daraus gefiedert und hatte sich zu einer kleinen hellroten Lache angesammelt, von der es jetzt über den Rand des Tisches hinabtropfte. —

Da fiel ihm wieder das Blut an seiner Hand ein, vor dem die Seherin erschrocken war.

Der eigentümliche Ort, die Erinnerungen an den Abend, seine Erregung ließen seinen Arm zittern — dadurch kam greuliches Leben in den Geräderten vor ihm — der blaße, schmerzverzerrte Mund schien zu lachen, das vom Schein getrossene offene Auge erglänzte wie von einer Rache-drohung. . .

Da lief einer draußen klappernden, eiligen Schrittes vorbei. — Das brachte den Studenten aus seiner schwülphanta-stischen Stimmung in die Wirklichkeit zurück. Rasch öffnete er die Tür, sperrte ab und ging eilig seinem Heim zu.

(Fortf. folgt.)

Die Verhandlungen des Würzburger Parteitags.

Fünfter Verhandlungstag.

Würzburg, den 19. Oktober 1917.

Den Vorsitz führt Auer. Eine große Anzahl weiterer Besprechungsarbeiten von allen Fronten sind eingetroffen.

Die Vorschlagslisten zur Wahl des Parteivorstandes werden eingeordnet.

Herrmann Müller (Parteivorstand): Aus dem Vorstand sind mehrere Mitglieder ausgeschieden. Der Vorstand hält gleichwohl eine Vermehrung seiner besoldeten Mitglieder nicht für erforderlich. Die Arbeitslast ist nicht gering, namentlich die Agitation und der Verkehr mit den Verbänden stellen hohe Anforderungen. Aber mit Hilfskräften hoffen wir die Arbeit zu bewältigen. Unter den Schriftführern muß eine Genossin sein, aber die Zahl der Schriftführer braucht gleichwohl nicht vergrößert zu werden, weil leider in diesem Jahre unser alter Albin Gerisch aus dem Vorstand ausscheidet. — Sein Gesundheitszustand erlaubt ihm trotz seines zähen Willens ein regelmäßiges Arbeiten im Vorstand nicht mehr. Dabei wollen wir der hohen Verdienste gedenken, die er sich in 27jähriger Tätigkeit im Vorstand erworben hat. Mit Veiel und Singer zusammen hat er die Partei so ausgebaut, wie sie vor dem Kriege stand. Daß wir im Kriege nicht finanziell zusammengebrochen sind, ist in erster Reihe sein Verdienst. (Lebhafte Beifall.) Aus war er stets ein treuer, lieber Kamerad, gleich hervorstechend an Wissen, Gemüt und Charakter. Möge er noch viele Jahre einer wieder geeinten sozialistischen Partei erleben, die stets sein Ideal war. (Lebhafte allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender Auer: Ich stelle die einstimmige und herzliche Zustimmung des Parteitags zu dieser Ehrung für Gerisch fest. (Erneuter Beifall.)

Heilmann-Berlin gibt eine Erklärung zu Protokoll, in der er die Angriffe Brückners und Donaths-Bremens gegen sich zurückweist. Die Parteitagverhandlungen werden bei der Debatte über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie (Kapitel Finanzfragen) fortgesetzt.

Herr Dr. Luesel-Darmstadt: Nach dem Kriege ist keine finanzielle Liquidierung eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben. In etwa einem halben Jahre werden wir 120 Milliarden Kriegsschulden haben. Alsobald nach dem Kriege beginnt

der Klassenkampf um die Verteilung der Lasten.

Ohne tiefe Eingriffe in das kapitalistische Eigentum ist das Problem überhaupt unlösbar. Kapitalistische Finanztheoretiker haben das auch anerkannt und bereits zwei Vorschläge ausgearbeitet: eine Vermögensabgabe von durchschnittlich 20 Proz., die 40 Milliarden bringen würde, und eine Erweiterung des Erbes, die 10 Milliarden verzinsen und amortisieren könnte. Es blieben dann noch 70 Milliarden mehr aufzubringen, das ist nicht leicht, aber auch nicht unmöglich, wie die Alldeutschen behaupten. Man muß mit den Feuerwerken Kapitalisten und Agrarier Deutschlands nur englisch reden. (Sehr gut!) Während unter Obriktionsstaat die Zinsen aller Anleihen durch neue Anleihen deckt, haben die Engländer mit ihrem parlamentarischen System während des Krieges durch Vermögenszuwachssteuern die Zinsen von 120 Milliarden Kriegsschulden aufgebracht. So können auch wir vier Milliarden aufbringen, und 1 1/2 Milliarden hat der Reichstag schon bewilligt. Wiebe noch eine Milliarde, die aus Monopolen herauszuwirtschaften wäre. In dieser Weise sollten wir einen Finanzplan ausarbeiten und recht tief in das Volk hineinragen, damit er seine Wirkung auf die nächsten Reichstagswahlen ausüben kann, die von der allergrößten Bedeutung für unsere Zukunft sein werden. (Beifall.)

Engler-Freiburg i. Br.: Reich hätte den Monopolen in seinem christlichen Gutachten mehr Beachtung schenken sollen. Produktionsmonopole werden nicht ohne großen Aufwand eingeschränkt werden können, aber den Handelsmonopolen als Nebenprodukt zu Vollmonopolen sollten wir Aufmerksamkeit schenken, z. B. dem Kohlenhandelsmonopol. Auch die indirekten Steuern werden wir nicht mehr einfach ablehnen, sondern auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen haben. Nun weist leider unsere Parteiliteratur große Lücken auf diesem Gebiet auf. Man hat z. B. auf Schuppels Handelspolitik sehr geschimpft, aber nichts Besseres geschrieben. So sollten wir denn in der „Neuen Zeit“ und in den anderen wissenschaftlichen Parteischriften diese Frage gründlich erörtern. Aber aufhören muß das systematische Herunterreißen aller Derr, die etwas sagen, was gegen die Alldeutschen verstößt. (Sehr gut!) Wir kommen mit den alten Schablons sowieso nicht mehr aus. Deshalb hat mir auch die Kritik des Zentralorgans an Lentschs Schriften nicht gefallen. Die Zukunftsliste muß ausführlich, sachlich und zuverlässig sein. (Beifall.)

Löbe-Dreslau: Scheidemanns ungemein glücklicher Vortrag hat uns die richtigen Wege gewiesen. Schon arbeiten die Gegner mit den Schlagwörtern Hungerfriede und Verelendungsfriede, um später die Verantwortung für die ungeheuren Kriegskosten uns aufzubürden. Da müssen wir rechtzeitig unser Finanzprogramm in die breiten Volksmassen tragen. Hat doch z. B. Breslau in drei Kriegsjahren um 160 Millionen zugenommen (Laut! hört!). Da könnte zur Ergänzung der Kriegsanleihen am Ende schon während des Krieges eine starke Vermögensabgabe in Frage kommen, das würde vielleicht auch

die Kriegslast der Kriegsgewinnler dämpfen.

(Sehr gut!) Aber nicht diese Einzelheiten wollte ich betonen, sondern den großen Grundzug unserer Propaganda herausarbeiten. Nehmen wir aus Landbergers Referat den Satz heraus: Nicht einer soll mehr über Krieg und Frieden entscheiden, sondern das Volk, so haben wir einen passenden Anknüpfungspunkt für unsere demokratischen Forderungen. Zeigen wir aus Cunows Referat, wie eine weitere unregelmäßige Versorgung mit Rohstoffen zu einer neuen Ausplünderung des Volkes führen möchte, und wir haben die Waffe der sozialistischen Propaganda. Und unterreichen wir mit Wiffell, daß Schutz und Pflege menschlicher Arbeitskraft höher steht als aller Güterschutz — so haben wir das Mittelzeug, um im Tourneer mit dem gewandtesten Gegner siegreich zu bestehen. Handeln wir nach Liebknechts Wort, daß wir uns niemals diesen in die Defensive drängen lassen, sondern immer in der Offensive bleiben müssen. (Lebhafte Beifall.)

Das Schlusswort hat Reich: Wenn wir während des Krieges die demokratische Neuordnung durchsetzen, wie ich für gewiß halte, so wird nach dem Kriege das Steuerproblem die beherrschende Frage unseres ganzen inneren politischen Lebens werden. Verfassungs- und Steuerfragen sind eng miteinander verknüpft. Der Krieg kostet gegenwärtig monatlich schon 3 1/2 Milliarden, da läßt sich eine genaue Aufstellung des Finanzprogramms heute noch nicht durchführen, weil die Kriegskosten und das Kriegsende sich noch nicht absehen lassen. Aber wir müssen uns heute schon klar machen, daß alle großen Fragen Verfassungsfragen sind und die Finanzfragen und ihre Lösung das gesamte Wirtschafts- und Kulturleben des deutschen Volkes und alle Wirtschaftsbedingungen der Arbeiterklasse entscheidend beeinflussen werden. (Sehr wahr!) Wir müssen uns in der Steuerfrage vor Überforderungen und Überempfindungen schützen. Durch den Krieg ist eine beispiellose Vermögensverschiebung eingetreten. Reich und Volk sind arm geworden und eine kleine Schicht ist ungeheuer reich geworden. Dabei ist die Arbeitskraft des

Volkes außerordentlich geschwächt. Wir haben Hunderttausende arbeitsfähiger Männer verloren, haben mit Hunderttausenden nur sehr beschränkt arbeitsfähiger zu rechnen, haben eine allgemeine Schwächung durch schlechte Ernährung hinzunehmen. Da muß auch für die Finanzpolitik oberstes Gesetz die Schonung der menschlichen Arbeitskraft sein, dieser Urkraft unseres Volkes. (Sehr gut!)

Eine verständige Finanzpolitik muß zunächst mit der alten Systemlosigkeit aufräumen. Auch die einzelstaatlichen Finanzminister werden lernen müssen, daß das Reich als oberstes Organ einheitliche Grundzüge für die Besteuerung des Vermögens, des Einkommens und Erbes aufstellt. Das Reich hat den ersten Anspruch auf alle Steuerquellen. Daneben werden wir freilich auch mit allem Nachdruck dafür eintreten müssen, daß die Bundesstaaten für ihre hohen kulturpolitischen Aufgaben genügende Zuschläge erheben können. Bei dem neuen Steuerhütem haben wir darauf hinzuwirken, daß in erster Linie der Luxuskonsum und der Lebensverbrauch getroffen werden, nicht aber die Kapitalbildung eingeschränkt wird, da sie für die Fortführung der kapitalistischen Wirtschaft unentbehrlich ist. Bei der großen allgemeinen Vermögensabgabe werden schon aus moralischen Gründen die Vermögensgewinne während der Kriegszeit eine starke Vorbelastung tragen müssen. Ein großer Teil der schon in der Friedenszeit ausgebildeten Privatmonopole muß Reichsmonopole werden, das Reich in jeder Form am Unternehmertum teilnehmen. Das Kohlenmonopol ist durch die Kohlensteuer keineswegs erledigt, sondern muß weiter im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit bleiben. Noch mehr als früher haben wir uns von dogmatischen Formeln freizubehalten. Formale Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern war nie für uns entscheidend und wird es in Zukunft noch weniger sein.

Die kapitalistische Presse hat über die Steuerentwürfe meines Gutachtens ein großes Geschrei angestellt, als ob sie Deutschland zugrunde richten müßten. Deshalb müssen wir betonen, daß wir hier gar keine spezifisch sozialdemokratischen Vorschläge vorgebracht haben. Göttsch, Prof. Jaffé und andere bürgerliche Finanzpolitiker haben die Vermögensabgabe, erweitertes Reichs-Erbschaft und Staatsmonopole in großem Umfang schon vor uns gefordert. Wie sollten auch sonst die unerschöpflichen Kriegskosten gedeckt werden? Die Hoffnung auf eine Kriegsentlastung wird doch immer illusorischer und der Krieg selbst immer teurer und verlustreicher. Vor einem Hungerfrieden und Verelendungsfrieden können wir uns deshalb bios schützen, wenn wir den Kriegsheuten das Handwerk legen, che sie das deutsche Volk völlig zugrunde richten. Ein baldiger Frieden ist die einzige Möglichkeit des Schutzes dagegen, daß die Lasten so schwer werden, daß das deutsche Volk unter ihnen zusammenbrechen müßte. (Lebhafte Beifall.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Der Parteitag geht über zum Kapitel:

Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Gentner-Bonn: Der Frage der Lebensmittel-erzeugung ist in den Referaten keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Wenn wir die Landwirtschaft geben lassen, wie sie geht, wird die Frage der Lebensmittelversorgung nach dem Kriege sehr schwierig; die Produktion wird dann langsam freigen und die Lebensmittelpreise bleiben noch lange hoch. Deshalb müssen die in der Kriegswirtschaft gebildeten Anlagen zur gemeinwirtschaftlichen Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung weiterer Lebensmittel weiter ausgebaut werden. Gegen hohe Lebensmittelpreise haben wir immer protestiert, aber die Preise sind dabei lustig weiter gestiegen. Das beweist, daß unsere bisherige Politik unzulänglich war, daß wir eine

sozialistische Produktionspolitik

in der Landwirtschaft treiben müssen. Dazu muß zunächst die Spekulation in Grund und Boden und seinen Erzeugnissen eingebremst und eine rationelle Arbeitsmethode über die ganze Landwirtschaft verbreitet werden. Die Erzeugnisse der Agrarindustrie und der Agrarindustrie müssen dazu ebenso beitragen wie die praktischen Erfahrungen der Landwirte. Ohne starke Eingriffe in das Grundrecht kommen wir da nicht vorwärts. Vielleicht empfiehlt sich ein Vorkaufrecht des Staates zum Ertragswert des Grundstücks. Auch das Getreidemonopol muß erhalten werden, aber sozial gerichtet sein. Langfristige Lieferungsverträge der Gemeinden müssen eine direkte Verbindung der Erzeuger und Verbraucher herstellen. Die Verteilung und Verarbeitung der Lebensmittel muß Sache der Gemeinden sein, die auch ihre eigene Produktion bedeutend ausdehnen müssen. Ein gesunder Agrarsozialismus ist auch vom politischen Standpunkt aus von großer Wichtigkeit. Er kann Freise legen in die Macht der Reaktion, insbesondere des preussischen Junkertums. Die Rechtlosigkeit der Landarbeiter ist während des Krieges vergrößert worden, sie sind ihrer Freizügigkeit vollkommen beraubt. Die volle rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern wird auch im Interesse der Allgemeinheit die Landflucht wirksam bekämpfen. (Lebhafte Beifall.)

Wolff-Braun-Rürnberg: Infolge des Parteistreitens wird einer so wichtigen Frage wie der der Demobilisierung nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit und die Vermehrung der Säuglingssterblichkeit zeigen uns die ganze Gefahr der gegenwärtigen Kriegswirtschaft. Voluntdarstellung und Rohstoffversorgung werden in der Uebergangswirtschaft die größten Schwierigkeiten bieten, zumal wenn eine falsche Politik unsere an Wachtmitteln reichen Gegner reizt. Haben wir einigermaßen vernünftige Friedensunterhändler, dann müssen diese Fragen im Friedensvertrag geregelt werden. Aber selbst dann wird es uns nach dem Kriege gehen, wie Goethe sagt: „Wir wollen alle Tage sporen und brauchen alle Tage mehr.“ Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Hilfe des Staates für die arbeitslos werdenden. Die Gewerkschaften werden, auch wenn der Staat diese Aufgaben übernimmt, eine geradezu erdrückende Fülle von Aufgaben haben und im Kampf gegen die Macht des konzentrierten Kapitals lösen müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen und eine außerordentliche Freivolität jetzt die Gewerkschaften sprengen zu wollen, wie man die politische Partei gesprengt hat. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Die politische Bewegung läßt sich viel leichter zusammenschließen als eine einmal zerprengte Gewerkschaft. Jede Spaltung der Gewerkschaftsbewegung würde den Unternehmern die größte Freude bereiten. (Sehr wahr!) Leider erscheint heute manchem der Kampf gegen den Genossen Legion viel wichtiger als der Kampf gegen Kirdorf. (Sehr wahr!) Demgegenüber haben wir zu sagen, daß, wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet hält,

das ungeheuerlichste aller denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse

begibt und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Aber auch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird nach dem Kriege oft an ihre Grenzen stoßen und für die Durchsetzung einer ganzen Reihe sozialpolitischer

Forderungen auf die Hilfe der Partei angewiesen sein. Denn die Hauptwirkungen des Krieges werden nach dem Kriege Arbeiterklasse und Kleinbürgertum fühlen. Erst dann werden sie die Wahrheit des Volktaumelwortes erkennen, daß „alle vereinigte Lasten aller Zeiten und Länder nicht soviel Unheil bedeuten wie ein Krieg“. Aber wir wollen auch mit Schiller sagen: „Die Welt wird alt und wieder jung“ und wir wollen sie jung machen. (Lebhafte Beifall.)

Krüger (Teltow-Weesow) begründet einen Antrag auf Einberufung einer handels- und wirtschaftspolitischen Kommission. Der Verständigungsfriede sollte doch auch die wirtschaftliche Verständigung bringen; aber Cunows Gutachten nimmt als selbstverständlich an, daß Englands Handelskrieg gegen uns weitergeht und empfiehlt zur Abwehr ein erweitertes Mitteleuropa. Das ist einer der vielen Widersprüche und Unklarheiten auf diesem Gebiet. Wir sollten deshalb möglichst gemeinsam mit den Genossenschaften ein Bureau für das Studium der Wirtschaft- und Handelspolitik bilden! In wenig Beachtung schenkt Wiffells Referat der Privatbeamtenfrage. Die Privatangestellten sind durch die vom Hilfsdienstgesetz geschaffenen Ausschüsse außerordentlich radikalisiert worden. Es bietet sich uns unter ihnen ein außerordentlich dankbares Tätigkeitsfeld. (Sehr wahr!)

Frau Reiche-Hamburg: Sechs Millionen Arbeiterfrauen sind während des Krieges in die Industrie eingetreten und haben sich mit außerordentlicher Schnelligkeit ihren Aufgaben angepaßt, aber darin liegt eine große soziale Gefahr. Die Frauen sind durch Arbeit und Haushalt doppelt belastet, deshalb müssen wir so nachdrücklich wie möglich für sozialpolitische Frauenförderungen einreten und vor allem die Frauen selbst dafür zu gewinnen suchen. Die Rednerin lenkt dann die Aufmerksamkeit des Parteitages besonders auf die Notlage der Kriegserwitwen. (Lebhafte Beifall.)

Kaul-Offenbach: Monopole können sich auch aus sozialpolitischen Gründen empfehlen. Vielleicht könnte ein Staatsmonopol die weitverbreitete Offenerindustrie wieder in Schwung bringen. Die Offenerindustrie Arbeiter haben während des Krieges eine glänzende Anpassungsprobe gezeigt und selbst die Unternehmer erkennen an, daß dies eine Frucht der gewerkschaftlichen Erziehung ist. Für die Frauen ist in der Bewegung noch viel zu tun; wir brauchen nach dem Kriege Sozialpolitik nach allen Seiten, vor allem aber für die Frauen und durch die Frauen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Juchacz-Berlin: Erst wenn wir uns zu dem Grundgedanken bekennen, praktisch überall mitzuarbeiten, erkennen wir die ganze Fülle der Aufgaben, die unserer barren. Die praktische Mitarbeit der Frauen wird ganz besonders beansprucht werden auf dem Gebiet des geschlechtlich zu sichernden Mutter- und Säuglingswesens. Heute sitzen in der Verwaltung der Wohlfahrtsvereinigungen für die Munitionsarbeiterinnen und für ihre Kinder Frauen der bürgerlichen Kreise, die uns fern stehen. Die „sozialen Frauenschulen“ scheitern wie Pilze aus der Erde, aber ihre Schülerinnen erlangen vielfach der sozialen Erziehung. Unsere Frauen müßten bei der Verpflegung, Ernährung und Erziehung der Kinder starken Einfluß üben. Sie dazu heranzubilden, ist die Zukunftsaufgabe unserer Partei. Unter Erwerbsleben kann es ertragen, daß ein großer Prozentsatz unserer Frauen in der Zeit, wo sie dem Säugling unentbehrlich sind, nicht arbeiten, wohl aber entsprechend unterstützt wird. Die Frauen zur praktischen Arbeit heranzuziehen, das ist unsere schwierigste, aber höchst lohnende Arbeit. (Zustimmung.)

Winnig-Hamburg: Bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft werden wir eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen und dann werden die Kriegslöhne zusammenklappen; demgegenüber ungelöste Beschäftigung: eine

Katastrophe des Arbeitslohns

— aber hoch bleiben die Warenpreise. Gewaltige Gütterungen werden unausbleiblich folgen. Der Wille des realen Arbeitslohnes haben wir darum größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wiffell forderte die unverzügliche Entlassung der jetzt arbeitslos gewordenen Arbeiter auf den Arbeitsmarkt, das müßte die Katastrophe verstärken. Cunow aber spricht sich im entgegengesetzten Sinne aus. Dieser Widerspruch ist nicht sehr imponierend. Gewiß ist es eine sehr harte Zumutung (Zumut: Eine zu harte!) nicht sofort entlassen zu werden, aber die Interessen der Arbeiter stehen hier ihren Wünschen entgegen, und wir haben ihre Interessen weitgehend zu vertreten. Gelöst wird die reale Lohnfrage übrigens auch durch Regelung der Entlassung nicht. Gewerkschaften und Partei müssen eine staatliche Stützung und Regulierung der Arbeitslöhne herbeiführen.

Frau Kyned-Berlin: Das Mitbestimmungsrecht der Frauen in der Uebergangswirtschaft usw. können wir nur durch Unterstützung der Genossen in den Gemeinden und Stadtparlamenten erlangen. Daran fehlt es an manchen Orten noch. Von der Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen sind wir doch alle überzeugt.

Dr. Lensch: Wir müssen bei dieser Debatte immer bedenken, daß auch hier alles vom Kriegsausgang abhängt, so die soziale Frage. Schon in der Stockholmer Denkschrift ist die Aufgabe der deutschen Kolonien gefordert worden aus dem Grundgedanken heraus: Keine Vergewaltigung! Cunows Referat geht weiter und fordert ganz allgemein für kapitalistisch-wirtschaftliche Staaten Kolonien als wirtschaftliche Notwendigkeit und für Deutschland als Bedingung seiner Entwicklungsfreiheit. Der Freihandel ist durch diesen Krieg höchstwahrscheinlich in Scherben geschlagen. Von englischer Seite wird man versuchen, Deutschlands Entwicklungsfreiheit nach Möglichkeit zu verflummern. Würde Deutschland unterliegen und etwa seine Kolonien verlieren, so wäre da eine sehr wesentliche Gefahr für seine Entwicklungsfreiheit gegeben. Ganze Kontinente sind fast in englische Kolonien verwandelt. Der Niederbruch Russlands und die militärischen Erfolge Englands in Vorderasien unterstreichen diese Gefahr, die nicht nur Deutschland wirtschaftlich und kulturell bedroht. Die Angliederung der Welt wäre dann nähergerückt. Deutschland ist durch den Krieg in eine revolutionäre Befreierrolle hineingezogen worden, und zwar nicht gegen Rußland, sondern gegen England. Das müßte schärfer herausgearbeitet werden im Interesse der Partei sowie des Reiches.

Jaedel-Berlin: Was sollen uns die Kolonien in der Uebergangswirtschaft nützen? Ob und inwieweit wir sie später brauchen, darüber können wir uns später unterhalten. Wir müssen uns nicht Cunow, sondern Wiffell in der Entlassungsfrage anschließen. Bei nicht sofortiger Entlassung der Arbeiter müßten gerade die Arbeiter am meisten leiden, die schon bisher die größten Opfer infolge der Stilllegung der Industrie getragen haben, wie die der Textilarbeiter. Wir können nicht immer nur volkswirtschaftliche Gründe sprechen lassen. Der Staat, der so viele Millionen für den Krieg hat, muß auch die Arbeitslosen über Wasser halten. (Sehr richtig!) Wie sollen die überschuldeten Gemeinden Kolonien ausführen lassen? Dagegen spricht die ganze Kriegserfahrung. Deshalb dürfen die Arbeiter nicht länger bei der Fahne gehalten werden. — Wenn wirklich nach Cunow die Rohstoffverteilung nach der Leistungsfähigkeit nach dem Kriege erfolgen soll, so würde das bedeuten, daß die Betriebe, die heute schon auf Kosten der stillgelegten Betriebe tiefen geschäfte machen, auch nach dem Kriege bevorzugt und zu Alleinherrschern gemacht werden. Die Zehntausende

anderer Betriebe zu finden erliegen. Wir haben kein Interesse, den Kleinbetrieb künstlich aufrecht zu erhalten, aber auch keine Absicht, die Mittel- und Kleinbetriebe durch den Staat völlig beiseite zu lassen. Gleichmäßig müßten alle Betriebe herabgelassen werden, ja gerechterweise die kleinen und mittleren mehr.

Bräu-Hannover: Sehr gefährlich wäre die Monopolisierung aller Betriebe, die Gegenstände des täglichen Bedarfs herstellen. Denn diese Monopole können leicht zu Finanzmonopolen werden und wirken dann wie indirekte Steuern progressiv nach unten. Besonders gefährlich erscheint mir ein Betriebsabwicklungsmonopol ohne Verstaatlichung des Grund und Bodens. Der Rohstoffhandel sollte unter keinen Umständen monopolisiert werden. Leichter zu ertragen wären Kohlenmonopol, Elektrizitätsmonopol, Verstaatlichung der Eisen- und Rüstungsindustrie, welche letztere als Finanzmonopol freilich nur noch wenig verspricht. Sehr bedeutsam wäre die Ablosungsfrage. Nach einer Kapitalisierung der letzten Jahre Gewinne bliebe kein Gewinn für das Reich denkbar. Die Rüstungsindustrie muß aber aus rein politischen Gründen verstaatlicht werden, um den Kriegsherrn das Wasser abzugraben. (Sehr wahr!) Schwierig ist die Verstaatlichung von Betriebszweigen, deren Erzeugung zum großen Teil ins Ausland geht. Handelsmonopole sind einfacher, aber dann steht der Privatunternehmer als Preisstreiber dahinter. Trotz dieser Schwierigkeiten bleibt die Monopolisierung als Weg zur Sozialisierung wichtig.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Wißel (Schlußwort): Im allgemeinen sind meine Forderungen, insbesondere auch der Arbeiter- und Frauenkongress, gutgeheißen worden. Die Bemerkung und Schwärzung der Volkstug stellen alle Völker vor neue Probleme, denen nur neue Methoden gerecht werden können. Der Krieg hat auch im Innern direkt und indirekt viele Opfer gefordert, namentlich auch unter den Frauen. (Sehr richtig!) Die schweren Geburtenverluste werden sich noch nach Jahrzehnten fühlbar machen. Deshalb eingreifender Schutz der Volkstug und Entfaltung des Lebens und Schutzes der Arbeitskraft! Freilich werden wir beim Kampf um diese Ziele harte Widerstände zu überwinden haben. Wir können die Frauenarbeit nicht entbehren, aber wir müssen das volkswirtschaftliche Problem in Einklang bringen mit dem sozialen Schutz des künftigen Lebens, dessen Trägerin die Frau ist. Was die Kommission für Bevölkerungsfragen vorgeschlagen hat, ist nur eine mäßige Abschlagszahlung, die wir annehmen, um mehr zu fordern. Aber wir müssen unsere weitergehenden Gedanken gerade jetzt, wo die Vorkämpfer dieser Kommission an das Plenum gelangen, in die breitesten Volksmassen tragen. (Bravo!) Meine von Winnig angeforderte Forderung auf sofortige Entlassung der Kriegsteilnehmer entspricht der Forderung der Vorländerkongress und einem einstimmigen Beschluß der Handels- und Gewerbe-Kommission des Reichstages. Die Rücksicht auf Arbeitsmangel darf kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig bei der Fahne zu halten. Der Heredienst ist keine sozialpolitische Schutzmaßnahme. (Sehr wahr!) Wir hegen diese Vorbehalte gegen die Soldaten nicht, sie ist auch wirtschaftlich nicht möglich. Monatslang wird die Entlassung der Millionenheere unmöglich dauern, aber jeder soll vom Waffendienst frei werden, sobald dies militärisch erreichbar ist. Wer beim Privatunternehmer nicht Unterkommen findet, für den sollen öffentliche Arbeiten bereitgestellt werden. Wir dürfen keine Arbeitskraft brachliegen lassen, auch nicht für Wochen. Wir können sogar zwingende Vorschriften über Mindestlöhne erlassen, die kein Waffenantrag auf die Arbeitsstellen senken darf. Vor allem aber ist rasche Entlassung aller Kriegsteilnehmer, mag es wirtschaftlich liegen, wie immer, eine ideale soziale Notwendigkeit für unsere Kriegsteilnehmer und unser Volk. (Beifall.) Für die Kriegsteilnehmer fordern wir ein geordnetes Spruchverfahren. In diesem Sinne wird die Fraktion arbeiten. (Beifall.)

Grunow (Schlußwort): Alle Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind in Umbildung begriffen: Kapitalanhäufung, Kapitalbildung, die ganze Massenbildung. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen, sondern liegt noch ziemlich fest. Aber sie hat Anzeichen beim sozialistischen Organisationsgedanken machen müssen, um sich zu halten. Die weitere Entwicklung läßt sich sehr schwer beurteilen. Sehr viel hängt dabei von den Friedensbedingungen ab, von Entschädigungen, Währungsregulierung und günstigen Wirtschaftsbeziehungen. Der

englische Wirtschaftskrieg

wird wahrscheinlich unter der Decke weitergehen. Das beweisen die Beschlüsse der Special Federation Commission unter Bonar Law; der geplante Reichsollverbod vernichtet den englischen Freihandel und gewährt den englischen Kolonialvorkaufsbehandlung. Ähnlich haben die maßgebenden Redervereinigungen beschlossen, den Verkehr mit Deutschland nach dem Kriege möglichst eingeschränkt zu lassen und den Verkehr mit den Kolonien zu begünstigen. Dementsprechend wird unser Handel nach dem Kriege vielfach ausgezehrt sein. Das ganze Gebiet der künftigen Zoll- und Wirtschaftspolitik ist außerordentlich strittig. Wir sind heute noch ganz auf Hypothesen angewiesen und deshalb können unsere Forderungen nur ganz allgemein sein. Wir können uns heute nicht binden, mein Referat ist nicht einmal für mich durchaus bindend, denn es beruht ganz auf Wahrscheinlichkeitsberechnung. Das gesamte Material sollte an besten einer Kommission überwiesen werden, die den Entwurf eines wirtschafts- und sozialpolitischen Aktionsprogramms ausarbeiten könnte. Auch die Kolonialfrage bedarf neuer Behandlung. England sucht alle Rohstoffe für sich zu sichern, damit wir davon ausgeschlossen bleiben. (Hört! hört!) Bei der Verteilung der Rohstoffe im Inland müssen die leistungsunfähigen Betriebe ausgeschlossen bleiben. Wir dürfen nicht Weltmarktpolitik treiben, sondern volkswirtschaftliche Politik, sonst halten wir die Konkurrenz mit England nicht aus, das sicherlich auch wirtschaftlich für die Zukunft rüstet. (Hört! hört!) In direktem Widerspruch zu Wißels Referat stehen meine Forderungen nicht. Ich fordere die weitgehendste Entlassung der Kriegsteilnehmer. Wißel will doch auch Rücksicht auf die Wiederaufnahme der normalen Wirtschaftstätigkeit nehmen, nur nicht auf den Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist doch aber ein Teil der Wirtschaft. Wir meinen wohl beide, man soll die Soldaten nicht über noch so lange bei der Fahne halten, weil man noch keine Arbeit für sie bereitstellt hat. Staat und Gemeinde müssen eben für genügende Arbeitsgelegenheit sorgen und können es auch. Die Soldaten, die bei der Fahne gehalten werden, brauchen ja auch nicht schweren Dienst zu tun, sondern können heutzutage werden. Aber wir dürfen nicht auf einmal Millionen Menschen auf den ungeschützten Arbeitsmarkt werfen. Auch wird es viel schwerer sein, eine ausreichende Unterbringung der ganz Arbeitslosen durchzuführen, als wirklich gemeinnützige Arbeiten einzurichten. Manche Industrien entbehren aller Rohstoffe und fast aller Maschinen. Wer kann denn daran denken, die Gesamtarbeiterschaft jahrelang zu unterstützen? So einfach liegen die Dinge nicht. Die Umstellung zur Kriegswirtschaft erfolgte unter den günstigsten Umständen bei sehr hohem Rohstoffvorrat. Nach dem Kriege werden ganze Industrien bei aller Bemühung keine Rohstoffe bekommen können. So zerfällt sich die Frage in viele Einzelheiten, sie bedarf der gründlichen Arbeit in einer Kommission. Diese Kommission kann auch die Programmrevision vorbereiten, denn das neue Programm muß doch wirtschaftswissenschaftlich fundiert werden. Das Erfurter Programm war durch die Tatsachen teilweise überholt, als es beschlossen wurde. (Sehr wahr!) Das neue Programm soll den Tatsachen und dem wirklichen Stand der Wissenschaft gerecht werden. Allerdings leben wir nicht nur in einer Zeit der Umwälzung, sondern auch in einer,

Umwälzung unserer Lehre. Wir haben festen theoretischen Boden unter den Füßen noch nicht wieder gewonnen, darum ist es zur Befestigung eines neuen Programms wohl noch zu früh. Die einzige Gemüthsruhe, die wir haben, ist die, daß die Entwicklung immer klarer in der Richtung zum Sozialismus führt. Wir kommen tatsächlich bevor, die Entwicklung arbeitet für uns. (Lebhafter Beifall.)

Das Schlussswort über die gesamten Zukunftsaufgaben der Partei erhält

Scheidemann: Die Anträge werden mir am besten teils der Fraktion, teils dem Parteivorstand überweisen. Der Parteivorstand wird eine Kommission einberufen, welche die ihr zugewiesenen Arbeiten dann erledigen kann. Im übrigen habe ich keine Veranlassung, sachlich auf Einzelfragen zurückzukommen. In der Forderung einer durchgreifenden Sozialpolitik hat sich vollkommene Übereinstimmung ergeben. Leber die großen Aufgaben beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft ist Klarheit geschaffen worden. In der Steuerfrage haben die einzelnen Redner verschiedene Forderungen in den Vordergrund gerückt, aber einzig waren wir uns im allgemeinen Grundzug: Schutz der Schwachen, scharfes Zugreifen beim Reichtum. Die Übereinstimmung in der Frage der Demokratisierung war selbstverständlich. Besonders erfreulich und erhebernd war die Entschlossenheit, die Demokratisierung auch durchzusetzen. Wir haben in voller Klarheit ausgesprochen: Fort mit allen Hindernissen der Demokratisierung und Parlamentarisierung im Reich. (Bravo!)

Das Hindernis aber, das am schnellsten beseitigt werden muß, scheint mir der Reichskanzler Dr. Michaelis zu sein.

(Stürmische Zustimmung.) Dr. Michaelis hat in schwerer Zeit ohne die geringste Fühlungnahme mit der Volkstugvertretung einen Posten übernommen, dem er in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr wahr!) Auf ihn trifft das Wort des früheren Reichskanzlers Bethmann Hollweg zu: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!“ (Lebhafter Beifall.) Mit der Verschleppung der längst geforderten und längst versprochenen Wahlreform bis heute und mit ihrer Verwässerung treibt man ein gefährliches Spiel. Da sagen wir: Finger weg! Ihr spielt mit dem Feuer! (Allgemeines Sehr richtig!) Wir feilschen nicht um dieses Wahrecht und wir dulden keinen Aufschub. (Stürmischer Beifall.) Wir fordern es sofort und fordern es ganz. (Erneuter Beifall.) Ungeheures hat das deutsche Volk geleidet und erduldet. Im Namen der deutschen Sozialdemokratie grüße ich herzlich unsere Brüder an allen Fronten, die das deutsche Volk verteidigt und gerettet haben. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Wer mag ihnen noch länger Rechte vorenthalten, die für jeden selbstverständlich sind, der aus der Not der Zeit Gewinn gezogen hat. Das dulden wir nicht und ein Wort, der sich einbildet, wir könnten das dulden. (Vielfaches Sehr gut!) Die Vaterlandspartei treibt unter dem Vorzeichen, die Interessen des Reiches zu vertreten, mit ihrem reaktionären Widerstand gegen den notwendigen Fortschritt ein gefährliches Schachspiel. Auch hier ist jedes weitere Wort überflüssig, wir wissen, was wir wollen und werden es schaffen. (Stürmischer Beifall.) Im Kampfe um ihr Recht wird die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam und geschlossen marschieren. Davon bin ich überzeugt. Den Gegnern aber rufe ich zu: Hört und, ihr seid gewarnt! (Stürmischer, wiederholter Beifall und langanhaltendes Gähnelachen.) Die weiteren Verhandlungen werden auf die Nachmittagsitzung verlagert.

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender Kuer: Das Bureau hat an den Genossen Getrich folgendes Telegramm abgefaßt: „Dem allen stürmischen Kämpfer sendet der Parteitag herzliche Grüße.“ (Beifall.) In einem Schreiben der Ortsgruppe Leipzig des Metallarbeiterverbandes wird den Ausschüssen des Reichstages mitgeteilt, daß der Austritt der Ortsgruppe aus dem Leipziger Gewerkschaftsrat mit 47 Stimmen bei 20000 Mitgliedern beschlossen worden sei, widersprochen und bekräftigt, daß der Austritt in einer gutbesuchten ordentlichen Generalversammlung beschlossen worden sei.

Wass-Deinisch: Hoffe homannenhäufig fest, daß seine Angabe auf Mitteilung einwandfreier Genossen beruhe, die sie auf ausdrückliches Verlangen aufrechterhalten haben, und daß diese Angaben auch schon vor Wochen veröffentlicht worden sind, ohne daß dagegen Widerspruch erhoben wurde. (Hört! hört!) Vorgestern haben die Leipziger Holzarbeiter mit 288 gegen 140 Stimmen einstimmig das Verbleiben im Rat beschlossen.

Zu einer Erklärung erhält das Wort:

Hg. Davidshahn: Durch den Schluß der Debatte am heutigen Vormittag wurde ich verhindert, über das Kapitel der

Allmacht der Stellvertretenden Generalkommandos

zu sprechen. Unser Präsidium gestattet mir jedoch, mitzutheilen, daß kürzlich in Berlin eine Besprechung stattgefunden hat, an der außer Reichstagsabgeordneten aller Fraktionen und Vertretern der Reichsregierung Beauftragte des Generalgouvernements Warschau und von Oberost teilgenommen haben. Es handelte sich um die Regelung von Angelegenheiten der zurzeit in Deutschland befindlichen polnischen und jüdischen Arbeiter russischer Staatsangehörigkeit. Das Kriegsministerium stellte im Laufe der Verhandlungen fest, daß gemäß kaiserlicher Verordnung die Stellvertretenden Generalkommandos in den in Betracht kommenden Arbeiterangelegenheiten den Anordnungen des Kriegsministeriums beizutreten hätten. (Hört! hört!) Dies für ausländische Arbeiter, die sollte angenommen werden dürfen, daß auch der deutschen Arbeiterschaft endlich das Recht der Selbstbestimmung und Allmacht der Stellvertretenden Generalkommandos abgenommen wird. (Beifall.)

Es wird nun über die Anträge abgestimmt.

Der Antrag Bremen (Unterstellung der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene unter die Reichsversicherungsordnung und ihr Rechtsverfahren) wird der Fraktion überwiesen. Der Antrag Stuttgart auf Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms für die nächsten Aufgaben wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso der Antrag 3 auf Herausgabe geeigneten Studienmaterials über die Kolonial- und Wehrmachtsfrage. Desgleichen der Antrag Teltow-Beeslow auf Einsetzung einer handelspolitischen Kommission. Der Antrag Hannover auf Schaffung von Kommissaren für Kriegsbeschädigte wird der Fraktion überwiesen. Der Antrag Johanna Reiche und Genossen, der die Frage des Mitbestimmungsrechts der Frauen in allen sozialen und politischen Körperschaften behandelt, wird einstimmig angenommen. Er lautet:

„Die praktische soziale und politische Tätigkeit der Frau ist durch den Krieg noch umfangreicher geworden im Erwerb, in der Sorge für die Ernährung, bei der Erziehung der Kinder und in der Gemeinde.

Die vermehrte Anspannung wird auch nach dem Kriege weiter zu leisten sein. Weitere Zweige der Fürsorgertätigkeit werden nötig werden. Wir erinnern uns an die vielen Waisen und Waisen und an die Frauen der Kriegsinvaliden, denen die Last der Erhaltung der Familien aufgeladen wird, desgleichen an die zahlreich verheirateten Frauen, die durch das ungenügende Einkommen des Mannes auch weiterhin zur verstärkten Erwerbstätigkeit gezwungen werden.

Die daraus erwachsenden Aufgaben können nur erfüllt werden unter Mitwirkung der Gemeinden und des Staates, wobei die Frau ein Mitbestimmungsrecht haben muß. Da sie bis heute auf diesem Gebiete noch rechtlos ist, ist es ihre erste und vornehmste Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie in ihren wirtschaftlichen und politischen Rechten dem Manne gleichgestellt wird. Gleiches Recht für alle, für Mann und Frau. Bollen sie dieses gleiche Recht erreichen, so müssen alle Frauen sich den sozialdemokratischen Organisationen anschließen. Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihre

ganze Kraft für die Erreichung des Frauenwahlrechts für alle sozialen und politischen Körperschaften einzusetzen und nach Möglichkeit für die Gewinnung und Erhaltung der Frauen zu wirken. Ebenso verlangt er, daß die Frau weit mehr als bisher zur praktischen sozialen und politischen Arbeit herangezogen wird.“

Einstimmig wird folgender Antrag Krüger-Zeltow-Beeslow und Genossen angenommen:

„Die im Ungemessenen gestiegenen Preise der Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel haben die öffentlichen Körperschaften und einsichtige Privatunternehmer veranlaßt, den Angehörigen der Arbeiter mehr oder weniger entsprechende Teuerungsgulagen zu gewähren. Ebenso hat der Reichstag sozialdemokratischen Anregungen folgend wiederholt Erhöhung der Familienunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer beschlossen. Die Bezüge der Kriegswitwen und -Waisen sind aber unzureichend geblieben, so daß die zahlreichen Familien, deren Ernährer ihr Leben für das Vaterland hingaben, in dauernder Not sind. Dasselbe gilt für die große Zahl der Kriegsverletzten, deren Renten ebenfalls für die gleichen geblieben sind wie vor der ungeheuren Teuerung. Die Pflicht gebietet der sozialdemokratischen Partei, dafür zu sorgen, daß die Renten für die Kriegswitwen, -Waisen und Invaliden so schnell wie nur möglich so erhöht werden, daß diese Unglücklichen, die dem Vaterlande das Beste gegeben haben, vor Not geschützt sind. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften in diesem Sinne zu wirken.“

Einstimmige Annahme findet ferner ein Protest gegen die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Der Antrag Thiele-Bloch (68) wird zum Beschluß erhoben.

Der Antrag Thiele-Bloch lautet:

„Kriegsgeld und glücklich sind die Opfer an Blut, Lebensglück und Gesundheit, die durch den Krieg der Mehrheit der deutschen Familien auferlegt worden sind. Derselbe Krieg hat jedoch einem kleineren Personenkreise unannehme Reichtümer durch Kriegsgewinn gebracht. — Der Gedanke ist unerträglich, daß für die Mehrheit der Krieg die Quelle dauernden Elends und Schmerzes, für eine Minderheit die Quelle dauernden wirtschaftlichen Ueberflusses sein soll.“

Der Parteitag fordert deshalb, daß das Reich zur Vinderung des Kriegselends, für die es aufzukommen hat, in erster Linie die im Kriege erworbenen Reichtümer heranzieht. Das soll unter Anerkennung des Grundfals geschehen, daß niemand beanspruchen darf, nach dem Kriege wohlhabender zu sein, als er vorher gewesen ist.

Darauf beginnt die Verhandlung der Lebensmittelfragen.

Hg. Robert Schmidt-Berlin: Man spricht viel von der ungenügenden Stimmung der Bevölkerung. Sie ist verärgert durch die unbefriedigende Lösung der Nahrungs- und Bekleidungsfrage. Wir haben nicht nur Mangel und Knappheit infolge der Absperrung vom Auslandsmarkt, sondern wir leiden auch unter den ungenügenden und unzureichenden Maßnahmen der Regierung. Unsere frühzeitigen Vorschläge wurden nicht beachtet und die später ergriffenen Maßnahmen kamen immer zu spät. Unter dem Einfluß interessierter Gruppen hat man statt die Preissteigerung zu bekämpfen, immer höhere Höchstpreise festgesetzt. Eine planmäßige geordnete Verteilung unserer Lebensmittel ist lange unterblieben. Wieder hat man bei der diesjährigen Ernte besondere Prämien für Abfuhr, Fruchtdruck und Beförderung an die Eisenbahnen bewilligt. Die Kartoffeln sind teurer als jemals im Kriege; ein Preis von 9 und 10 Mark für 1 Zentner Kartoffeln im Kleiderlauf ist geradezu unerhört. (Lebhafte Zustimmung.) Wir fordern deshalb, daß

Staatmittel zur Forderung des Preises

für Kinderbewilligte in Anspruch genommen werden. Es muß eine Erleichterung eintreten, denn sonst ist die Arbeiterbevölkerung nicht einmal in der Lage, das zu kaufen, was ihr durch die Verteilung überwiesen wird. In der Zeit des Krieges muß eine Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufgehoben werden und an ihre Stelle muß die Einführung der Beschlagnahme und die Verteilung der Produkte in gleichmäßiger Art und die Festsetzung von Höchstpreisen treten, um der Preissteigerung ein Ziel zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn in wirtschaftlicher Beziehung die Bedingungen eines gesunden Aufbaus geschaffen sind, dann wird das deutsche Volk zu neuem Leben erwachen und dann wird seine Zukunft auf festem Boden gebaut sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Herman-Nürnberg: Vermittelt in der Resolution Schmidt die Forderung, Reichsmittel zum Erwerb von Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung bereitzustellen. Die Höchstpreise werden viel zu schematisch vom grünen Tisch in Berlin auf festgesetzt. Abbau der Lebensmittelpreise tut not, aber der Gewaltstreik der Viehpreisfänger, des Viehpreislagers lag auch nicht im Interesse der Verbraucher. Man sollte immer offen der Bevölkerung sagen, wie es liegt. Das neue Schminemorden ist heller Wahnsinn. Noch nie waren die Bedingungen in Süddeutschland für die Schweinemast so günstig wie in diesem Jahre. Trotzdem sehen wir übrigens kein Schwein; denn die zu tief gedrückten Preise erzeugen nur die Schwarzschlächtereien und den Schleichhandel.

Helen Wagner-Chemnitz: Die Frauen sind durch die Lebensmittelverknappung furchtbar verärgert und schieben in ihrer Verärgerung auch auf die Schuld zu; denn die bürgerlichen Zeitungen schimpfen ganz gewissenlos darauf los. Man muß den Frauen endlich einmal klar machen, daß nichts mehr zum Verteilen da ist. Unsere Vertreter haben überall getan, was möglich war, und außerordentlich viel geleistet. Freilich, Leute mit viel Einkommen verschaffen sich hintenherum noch alles Gute. Die Sparmaßnahme in der Ernährung, die man uns aufzwingt, ist das falsche, was man treiben kann. Die Preisfestsetzung für Obst und Kartoffeln ist geradezu eine Aufmunterung für jeden Bauer. Getreide und Getreideerzeugnisse haben wir genug, an der Durchführung fehlt es. Darum sollten sich die Verbraucher mehr als bisher um den Lebensmittelmarkt kümmern. Der beste Protest gegen alle Fehler der Lebensmittelpolitik ist der Ruf nach mehr in die sozialdemokratische Organisation.

Hilfer-München: Glaubt denn jemand, daß hier in Bayern Milch und Honig fließt. (Heiterkeit und Sehr wahr!) Mancher ist wohl in der Ueberzeugung hierher gekommen, daß ihm hier die große Butterdose winkt. (Erneute Heiterkeit.) Aber in unseren Industriegebieten und in Mittel- und Oberfranken herrscht die gleiche Lebensmittelnot wie in Mittel- und Norddeutschland. Die Festsetzung der Höchstpreise gleichmäßig für das ganze Reich ist völlig verfehlt. Ein Preis von 8 Mark für den Zentner Winterkartoffeln ist für den armen Weber in Oberfranken geradezu unerhört und unverschäm. (Lebhafte Zustimmung.)

Groger-Neulöben: Parteivorstand und Generalkommission haben ihre Schuldigkeit getan, aber man muß doch bedenken, daß auch die Lebensmittelfragen politische Machtfragen sind. (Sehr richtig!) Bei einer gerechten Verteilung wäre es zu diesem ganzen Jammer nicht gekommen. Die Höchstpreise werden auch oft genug von den Behörden umgangen.

Frau Schilling-Döbeln: Die Ernährungsfrage ist das Schmerzhafteste. Wir verlangen ganze Maßnahmen, die Selbstheiten der Regierung begünstigen nur den Schleichhandel. Darunter leiden die Arbeiter am stärksten. Ohne den Schleichhandel würden wir uns alle stattdessen können. (Sehr richtig!) Bei uns besteht die Sorge, daß das beim Ackerselbst gesammelte Getreide bei der Gemeinde abgeliefert werden muß, und sogar ohne Entschädigung.

Frau Gersch-Dannover: bespricht die Kohlennot. Man soll auch noch das Gas gespart werden. Damit sollen die Familien sparen? (Schluß im Hauptblatt.)

Groß-Berlin

Bessere Wildverföhrung Berlins in Aussicht.

Der Magistrat schreibt: Die durch Bundesratsverordnung getroffene Regelung, daß das auf Treibjagden erlegte Wild zur Hälfte bzw. zu einem Drittel an die Kommunalbehörden abzuliefern ist, läßt für den kommenden Winter eine bessere Verforgung Berlins mit Wild, als es in den vorhergehenden drei Kriegswintern der Fall war, erwarten. Zur Verlieferung Groß-Berlins mit Wild sind 87 Kreise bestimmt worden. Das eintreffende Wild wird, wie bei der Viebverteilung, schlüßelmäßig auf die Groß-Berliner Gemeinden, zu denen noch Spandau hinzutritt, und die beiden Kreise Niederbarnim und Teltow verteilt. Für Berlin ist die Verteilung des Wildes so organisiert, daß die städtischen Krankenanstalten und die Waffenspeisung sowie die Gastwirtschaften vom Magistrat beliefert werden, während zum Verkauf des Wildes unmittelbar an die Verbraucher die Wildhändler herangezogen werden.

Soweit der Magistrat. Wie möchten hieran gleich den Wunsch inspielen, bei der Verteilung nicht etwa wieder zu verfahren, wie kürzlich beim Spanferkelverkauf, wo man absichtlich die Kinder demitteln vom Bezuge ausgehoben hat. Erhielt durch die Höhe des Preises und dann auch noch durch die große Quantität, die entnommen werden mußte. Wir erwarten daher, daß man das heran kommende Wild — dessen Zugang übrigens für uns nicht so fest steht, wie für den Magistrat — im Kleinverkauf und auf Lebensmittelkartenabicht abgibt, damit nicht nur die bisherige Kundschaft der Wildhändler beliefert wird.

Gegen die Salzhauferei.

Infolge der Belastung der Eisenbahn mit anderen Waren, so vor allem Kartoffeln, ist die Salzabförderung zeitweise eingestellt worden. Das hat natürlich zu einer größeren Salzknappheit in den Kleinhandelsgegenden geführt, die jetzt schon einige Wochen anhält. Das Kriegsernährungsamt hat nun eine bevorzugte Salzabförderung angeordnet, so daß in nächster Zeit wieder größere Vorräte vorhanden sein dürften. Die inzwischen etwas reichlicher gemordene Zufuhr wird nun von ängstlichen Frauen dazu benutzt, wieder größere Vorräte aufzuweichern.

Gegen diese Salzknappheit ist der Gemeindevorsteher von Oberischdönnewalde eingeschritten, indem er bestimmt hat, daß wöchentlich nur noch ein halbes Pfund gegen Abtrennung eines Abchnittes der Nummernkarte an die eingelagerten Kunden verabfolgt werden darf.

Neue Höchstpreise für Griech und Graupen.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat neue Höchstpreise für Griech und Graupen sowohl im Großhandel als auch für den Kleinhandel festgesetzt. Der Großhandelspreis pro Doppelzentner beträgt bei Griech 54 M., bei Gerstengraupen und -grüße 61 M. Im Kleinhandel kostet Griech 32 Pf. und Gerstengraupen und -grüße 30 Pf. pro Hund.

Enteignung und Ablieferung der Gebrauchsgegenstände aus Aluminium.

Durch Bekanntmachung des Magistratskommissars für Militärangelegenheiten vom heutigen Tage werden sämtliche aus Aluminium bestehenden Gebrauchsgegenstände, die bisher nicht abgeliefert sind, sowie die sämtlichen im Gärungsgewerbe üblichen aus Aluminium bestehenden Kellereigeräte, die durch Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken vom 10. Mai 1917 beschlagnahmt sind, enteignet und müssen, ohne daß die einzelnen Besitzer solcher Gegenstände besonders aufgefordert werden — bis zum 31. Oktober 1917 bei den in den städtischen Markthallen (nicht Zentral-Markthalle) und im Stadthaus, Eingang Stralauer Straße, errichteten Sammelstellen abgeliefert werden. Diejenigen, bei denen nach dem 31. Oktober 1917 derartige Gegenstände vorgefunden werden, werden unbeschädlich zur Bestrafung angezeigt werden.

Wichtige Änderung bei der Angestelltenversicherung.

Die Versicherungskarte, die jeder Versicherte als Ausweis erhält, weist in ihrer ursprünglich durch den Bundesrat festgelegten Fassung einen ziemlich erheblichen Mangel auf. Es ist ihr wohl die Bestimmung aufgedruckt, daß sie nach 5 Jahren zu erneuern ist, sie enthält aber keinen Hinweis darauf, daß der Anspruch des Inhabers verfällt, wenn infolge von Stellenlosigkeit, durch Berufswechsel usw. nicht mindestens jährlich 8 Beiträge (nach Verlauf von 10 Jahren 4 Beiträge) entrichtet sind. Die Folge davon ist, daß zahlreiche Ansprüche verfallen, insbesondere in der Kriegszeit, in der häufig Angestellte vorübergehend in nicht versicherungspflichtige Tätigkeit übergehen. Der Berliner Ortsausschuß der Vertrauensmänner, W 25, Fottwellstr. 4 (Sprechstunden Dienstag, Donnerstag, Sonnabends von 1—3 Uhr), hat auf diese in seiner Praxis häufig vorgekommenen Mängel verschiedentlich hingewiesen und Beseitigung beantragt. Es ist daher im Interesse der versicherungspflichtigen Angestellten sehr zu begrüßen, daß der Bundesrat nunmehr den Anregungen entsprochen und unter dem 2. Oktober 1917 eine Neufassung der Versicherungskarte angeordnet hat, nach der die den Verfall der Ansprüche bestimmenden Paragraphen des Versicherungsgesetzes für Angestellte mit aufgenommen sind.

„Wie wird man Parteimitglied?“ Unser Artikel in Nr. 286 hat uns eine große Anzahl von Sympathieerklärungen aus akademischen Kreisen eingebracht. In einer dieser Zuschriften — der Absender ist cand. phil. und Verbindungsstudent — heißt es: „Ihr Artikel hat lebhaftes Interesse in mir erweckt, da das Milieu und die Anschauungen, in denen ich aufwuchs, die gleichen waren wie die jenes Entsenders. Auch mir hat erst der Krieg und eine harte Soldatzeit — die übrigens in jeder Beziehung für mich ehrenvoll war — die Augen geöffnet über die... Verhältnisse, welche augenblicklich in Deutschland herrschen. Da die große Frage, welche ich in den nächsten Tagen an Sie hatte richten wollen, nun schon beantwortet ist, kann ich nur noch meiner und vieler Kommilitonen Sympathie für den Gedanken einer unbedingten Demokratie Ausdruck geben, welche uns allein aus dem ganzen Elend herausführen kann.“

Wanderverbot für Jugendliche. Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten dürfen an Personen unter 16 Jahren Zigarren, Zigaretten, Zigaretten und Zigarettenpapier nicht verkauft werden, auch ist den Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Anlagen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln und Räumen verboten.

Betriebsbeschränkungen auf der Großen Berliner Straßenbahn werden mit dem 21. d. M. an Sonn- und Feiertagen auf den nachbezeichneten Linien im außerplanmäßigen Frühbetriebe vorgenommen: Linie 1: (Stadtring). Der 7½-Minuten-Betrieb ab Rosenthaler Platz und ab Brandenburgstraße beginnt nicht wie bisher bereits 9.5, sondern erst 10.50 Uhr, bis dahin 15-Minuten-Betrieb. Linie 3: (Großer Ring). Die Fahrten 5.27, 5.47, 6.7 ab Rosenthaler Platz in Richtung Wedding fallen fort. Linie 23: (Niederschönhausen, Friedensplatz—Schöneberg, Götterstraße). Die Wagen verkehren ab Niederschönhausen bis 11.45 und ab Schöneberg ab 1.4 Uhr in Abständen von 20 Minuten (bisher 15-Minuten-Betrieb). Linie 24 (Großgörschenstraße—Reinickendorfer-Wald, Berliner Straße): Ab Großgörschenstraße von 7.1 bis 12.21 und ab Schornweberstraße 8.7 bis 11.47 Uhr 30' (statt 15-Minuten-Betrieb). Linie 31 (Tegel—Schlesischer Bahnhof): Der Betrieb beginnt ab Tegel 6.10 (bisher 5.10), ab Schlesischer Bahnhof 7.25 (bisher 6.25) Uhr. Linie 49 (Niederschönhausen, Blauenburger Straße—Friedensplatz): Die Fahrten ab Nordend bis Inselstraße von 6.17 bis 7.17, von Inselstraße bis Nordend von 6.4 bis 8.4 Uhr fallen fort; Betriebsbeginn ab Niederschönhausen, Friedensplatz, 7.18, ab Fasanstraße 8.17 Uhr.

Zum Kapitel: Ueberlieferung der Post. Von der stellvertretenden Intendantur des 17. Armeekorps (Danzig) erhalten wir ein dringendes Telegramm mit der Mitteilung, daß bei den militärischen Dienststellen des Korps einige Millionen Mark Kriegsanleihe gezeichnet worden sind. — Wir nehmen von der Tatsache mit Befriedigung Notiz, bedauern aber die gegenwärtig schwer überlasteten Postbeamten, die zu allem übrigen auch noch mit derartigen „Dringlichkeiten“, die doch wahrscheinlich nicht allein dem „Vorwärts“ zugegangen sind, befristet werden. Die Mitteilung hätte bei allen, für die sie bestimmt ist, zweifellos dieselben freudigen Gefühle ausgelöst, wenn sie einen Tag später brieflich eingetroffen wäre.

Botanischer Garten. In der Zeit von Mitte Oktober bis Ende März ist der Botanische Garten in Dablen nebst den Gewächshäusern am ersten Sonntag eines jeden Monats von 11—4 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. — In den Werktagen der Wintermonate ist der Garten von 8 Uhr früh bis zur Dämmerung, die Gewächshäuser, mit Ausnahme des Sommerbades, von 10—4 Uhr für die Inhaber von Erlaubnisscheinen, welche den bei den Vorlesern künftigen Führern beilegen, zugänglich. — Das Botanische Museum ist jeden Mittwoch von 10—3 Uhr und jeden ersten Sonntag im Monat von 11—2 bei freiem Eintritt geöffnet.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am Sonntag sein vorletztes Rennen. Noch einmal starten die drei erfolgreichsten Fahrer dieses Jahres: Bauer, Pawle und Kruplat. Das Rennen wird in zwei Läufen über 20 und 50 Kilometer ausgetragen. Außerdem findet ein großes Bräunrennen über eine Stunde mit hohen Preisen für Flieger statt. Die Rennen beginnen um 1½ Uhr.

Von einem Unhold angefallen wurde Donnerstag in den ersten Nachmittagsstunden eine Dame im Tiergarten. Die Frau ging in der Großen Luer-Allee am Großen Stern allein spazieren. Etwas in der Nähe der Säughütte merkte sie, daß jemand eiligen Schrittes hinter ihr herkam. Gleich darauf fühlte sie eine schlagartige Verärgerung. Erschrocken blühte sie hinter sich und sah einen jungen Menschen, der an ihr vorbeifuhr und einige Schritte von ihr entfernt schamlos entblößt stehen blieb. Dann lief er nach der Boulevardeinsel zu und entkam. Die Dame erkannte nachträglich, daß sie mit einem spitzen nicht sehr breiten Messer einen Stich erhalten hatte, der eine ziemlich tiefe Fleischwunde hervorrief. Ein Säugmann brachte sie nach Hause. Dort befindet sie sich in ärztlicher Behandlung. Der Unhold ist barlos und vielleicht in den zwanziger Jahren, mittelgroß und schlank. Er trug dunkle Kleidung mit Ueberzieher und Schlapphut, dessen Krempe an einer Seite heruntergelegt war. Eine genauere Beschreibung kann vielleicht ein Herr geben, der den Vorgang sah und mit der Dame sprach. Er wird gebeten, sich im Polizeipräsidium bei Kriminalkommissar Dr. Mapp zu melden. Es ist möglich, daß er aus der Wälderanlage der Männer mit lilaen Reagenzien dieser Art den Täter herausfindet. Auf die Ermittlung des Unholds ist eine Belohnung von 300 M. ausgesetzt worden. Der Sicherheitsdienst im Tiergarten ist durch Streifmannschaften der Kriminalpolizei sofort erhöht worden.

Unbekannte Tote. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 10. Oktober wurde aus der Spree vor dem Hause Polsterer Ufer 27 die Leiche einer aufsteigend dem Arbeiterstande angehörigen Frau gelandet. Die Leiche, die nur kurze Zeit im Wasser gelegen haben konnte, wies schwere Verletzungen an der linken Kopfseite, unter dem linken Auge und an der linken Wade auf, die jedoch von einer Dampfmaschine herührten dürften. Die Tote ist etwa 19 bis 23 Jahre alt, 1.57 Meter groß, hat blondes, besonders langes und starkes Haar, volles Gesicht, geneigte Stirn, bogenförmige Augenbrauen, dicke gradlinige Nase, mittelhoch durchlochte Ohren, aufgeworfene Lippen und vollständige Zähne. Bekleidet war die Unbekannte mit weißer Bluse mit blauweiß gestreiftem Watrofenstrang, Ripsrock, weißem Hemd, Unterrock und Beinleibern, gelb. N. B. schwarzen Strümpfen und einem halben schwarzen Schuh. An der Brust trug die Verstorbene eine runde Amethystbroche und am linken Handgelenk eine schmale goldene Kette. Sachdienliche Mitteilungen über die Persönlichkeit der Toten nimmt jedes Polizeirevier und der VI. Ar.-Bezirk Berlin zu 3025 IV 57. 17. entgegen.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. Der Sitzung am Donnerstag sollte die Wahl der Provinziallandtagsvertreter vorausgehen. Oberbürgermeister Ziehe u. bemerkte aber eingangs seiner Erörterungen, daß Lichtenberg bei der Wahl infolgedessen benachteiligt sei, als es nur drei statt der ihm zustehenden vier Vertreter wählen darf. Die Zahl der Abgeordneten soll nämlich nach der Volkszählung vom Jahre 1910 bemessen werden und der Provinzialauschuß hat unterlassen, die Einwohner der damals noch nicht zugehörigen Gemeinde Vorklagen-Nummelsburg hinzuzuzählen. Der Magistrat hat das im Tränge der Kriegsjahre ebenfalls nicht beachtet und es ist dem die geistliche Einspruchsdirektion verstrichen. Der Magistrat hat sich zwar mit dem Provinzialauschuß in Verbindung gesetzt, doch ist eine Änderung nicht erreicht worden. Der Oberbürgermeister stellte aber anheim, nochmals beim Reichstag vorzugehen zu werden. Stadtv. Schacht bedauerte den Ausfall des der Stadt zustehenden Abgeordneten und ersuchte den Magistrat, noch einen Versuch zu machen zur Vereitigung eines offensibaren Unrechts, zumal niemanden irgendwelcher Schaden hierbei entstehe. Die Versammlung stimmte zu und die Wahl wurde aufgesetzt.

In der darauf folgenden Sitzung fragte Stadtv. Lindner (Bürg. Fraktion) unter geschäftlichen Mitteilungen an, ob die Verlegung des Bauamtes, monach häufig in den Säulen nur eine ganz unzureichende Lösung der Säulräume erfolgen soll, aufrecht erhalten werden soll. Schwere gesundheitliche Schädigungen der Lehrer und Kinder seien dadurch zu erwarten, die um so eher eintreten dürften, als die Verlegung der Klassen infolge der Zusammenlegung eine liberale Höhe sei. Die Redner sämtlicher Fraktionen wandten sich mit ungewöhnlicher Schärfe gegen die Verlegung, die allerdings vom Oberkommando herrührt. Diese Schärfe wurde aber in der Hauptsache hervorgerufen durch die Stellungnahme des Bauamts Ullig. Der erklärte, daß die angeordnete Verlegung völlig ausreichend sei. Im übrigen habe sich eine Versammlung von Heilgedultern im selben Sinne ausgesprochen. Genosse Mizus hob hervor, daß man vor allen Dingen außer den Heilgedultern auch Schulmänner hätte hören sollen, die ohne Zweifel ein gewichtiges Wort mitsprechen können. Im übrigen wünschte die Versammlung, daß die Verlegung die ihr gebührende Bewertung durch die Lehrerschaft finden wird. Ohne Debatte stimmte die Versammlung dann einer Verlängerung des Mandats des Genossen Günther zu.

Die Vorlage betreffend Zuwendungen von Mitteln für Weihnachtsgaben an Angehörige des 3. Armeekorps und an die im Felde stehenden Angestellten, Beamten und Arbeiter der Stadt Lichtenberg wurde mit einem vom Genossen Mizus begründeten Ergänzungsantrag angenommen, nachdem der Oberbürgermeister eine von unserer Fraktion gestellte Anfrage über die Verteilung von Weihnachtsgaben an die Lichtenberger Angestellten befriedigend beantwortet hatte.

Schöneberg. Mutterfürsorge. Verdenden Müttern wird dringend empfohlen, sich möglichst frühzeitig, d. h. in den letzten Monaten der Schwangerschaft an die Säuglingsfürsorgestelle, Selziger Str. 13, Erdgeschoß — Sprechstunde werktäglich von 1—2 Uhr — zu wenden, wo sie Rat und Hilfe finden.

Die Auszahlung der Wochenhilfe erfolgt auf besonderen Antrag, welcher sofort nach der Entbindung zu stellen ist, entweder bei der zuständigen Krankenstube oder bei der Kommission für Unterstützung von Familien mobiler Mannschaften. Anweisungspapiere, besonders Geburtsurkunden des Kindes, sind hierzu vorzulegen.

Friedrichshagen. Lebensmittel. In der Lebensmittelverkaufsstelle der Gemeinde (Friedrichstraße) gelangen zur Verteilung: Gänse, Enten, Kaninchen, Grünlohl, Kohlstrüben, Kürbisse und Dösi.

Dreitz. Mangelnde Lebensmittelversorgung. Und wird geschrieben: Die Zustände in der Lebensmittelversorgung durch die örtliche Ge-

meinde werden immer tröstlicher. Seit Anfang September hat nur jeder Familienhaushalt auf einen Abchnitt Zucker erhalten, in diesem Monat ist noch gar keiner verteilt worden. Butter hat es in der verflochtenen Woche auch nicht gegeben, sie soll angeblich auf der Bahn bis zur Hälfte gestohlen worden sein. Alle Beschwerden der Frauen haben bisher keinen Erfolg gezeitigt, denn der stellvertretende Gemeindevorsteher stimmt sich nicht um derartige Angelegenheiten, sondern schickt immer die Beschwerdeführer zu Herrn Engel, der ihnen dann unklare oder gar keine Antwort gibt. Kartoffeln, die in diesem Jahre hier reichlich gewonnen wurden, verkaufen die hiesigen Landwirte mit 10 bis 13 M. nach außerhalb. Die Gemeinde kauft dann wiederum die Kartoffeln von außerhalb auf und gibt sie den Verbrauchern mit 9.50 Mark pro Zentner ab. Es besteht also das reine Wüßergeschäft. Im allgemeinen sind hier die Verhältnisse in der Lebensmittelversorgung unbefriedigend.

Gerichtszeitung.

Arbeitsordnung und Sommerzeit. Ein Rechtsstreit, der sich um eine gegen den Willen der Arbeiter geänderte Arbeitszeit dreht, wurde vor der Kammer 2 des Gewerbegerichts ausgetragen. Dem Antrag lag folgender Tatbestand zugrunde: In der Rüststahlerwaren-fabrik von Kaufmann ging die tägliche Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags. Am 1. September dieses Jahres ordnete die Firma an, daß vom Montag, den 8. September, ab von 8 bis 6 Uhr gearbeitet werden solle. Die Arbeiter erhoben durch ihren Vertrauensmann und den Fabrikasschuß Einspruch dagegen, aber die Firma beharrte auf ihrer Anordnung. Am Montag, den 8. September, erschienen die Arbeiter wie vordem um 7 Uhr an der Arbeitstätte. Das Fabrikat war geschlossen, die Arbeiter wurden erst um 8 Uhr eingelassen. Dasselbe wiederholte sich am folgenden Tage. Dann kam eine Verständigung mit der Firma dahin zustande, daß die alte Arbeitszeit bestehen blieb. Die Arbeiter verlangten, daß ihnen die zwei Stunden, die sie an den beiden Tagen vor dem Fabrikfreigang wartend zubrachten, bezahlt werden. Da die Firma die Bezahlung dieser Zeit verweigerte, klagte zunächst einer der Arbeiter auf Zahlung, während die übrigen Arbeiter, etwa 250, ihre Forderung vom Ausgang dieses Prozesses abhängig machten.

Der Kläger begründete seinen Anspruch damit, daß die Arbeitszeitfestsetzung einseitig, ohne Zustimmung des Fabrikasschusses, erfolgt und deshalb für die Arbeiter nicht bindend sei. — Dagegen lagte der Vertreter der Firma, die im Jahre 1916 vom Fabrikasschuß unterzeichnete und von der Gewerbeinspektion genehmigte Arbeitsordnung sehe eine Arbeitszeit von 8 bis 6 Uhr fest. Diese sei auf Wunsch der Arbeiter im April 1917 dahin geändert, daß in den Sommermonaten von 7 bis 6 Uhr gearbeitet werden solle. Diese Änderung sei, allerdings ohne ausdrückliche Zustimmung des Arbeiterausschusses, als Nachtrag in die Arbeitsordnung aufgenommen und von der Gewerbeinspektion genehmigt. Hiernach gelte also in den Wintermonaten eine Arbeitszeit von 8 bis 6 Uhr und in den Sommermonaten von 7 bis 6 Uhr. Auf Grund der Arbeitsordnung sei also die Firma berechtigt gewesen, am 8. September wintertliche Arbeitszeit einzuführen, ohne die Arbeiter zu fragen.

Das Gericht entschied: Dem Kläger sind die zwei Stunden Bezahlung zu bezahlen. Zwar ist die Arbeitsordnung gültig und ihr Inhalt für beide Parteien bindend, aber hier handelt es sich um die Frage, welche Zeit als „Sommermonate“ und „Wintermonate“ anzusehen ist. Der Monat September rechnet kalender- und begriffsmäßig noch zu den Sommermonaten. Wenn die Firma also die für die Wintermonate festgesetzte Arbeitszeit schon am 8. September beginnen lassen wollte, so war das eine einseitige Änderung der Arbeitsordnung und für die Arbeiter nicht bindend. Der Kläger war deshalb berechtigt, auf Innehaltung seiner bisherigen Arbeitszeit zu bestehen und hat Anspruch auf Bezahlung der Zeit, wo er zur Verfügung der Firma stand, ohne beschäftigt zu werden.

Verzögerung von Kunden beim Backwarenverkauf. Wegen verholten Verzögerung der Abgabe von Lebensmitteln in der im Kleinverkauf üblichen Menge war Frau Bäckermeister Abel in Berlin vom Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Einem Tages war ihr Laden gedünkt voll von Leuten, die Schrippen kaufen wollten. Die Angeklagte war von großer Lebenswürdigkeit gegenüber ihren alten guten Kunden. Wer nicht dazu gehörte, mußte warten. Eine Frau zeigte eine wahre Engländerin, indem sie 20 bis 25 Minuten im Laden stand und des Moments harrie, wo sie die von ihr begehrten vier Schrippen erlangen würde. Schließlich waren nur noch vier Schrippen da. Sie fragte Frau Abel, ob sie ihre die nicht wenigstens geben wolle. Die Antwort lautete: Nein, die bekommt Frau A. — Das Landgericht war auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gelangt, daß unter den bevorzugten Kunden sich solche befanden, die erst später den Laden betreten hatten, als die wartende Frau und eine Anzahl Kinder. In der Urteilsbegründung sagte das Gericht, die Verzögerung der Abgabe von Waren sei schon dann gegeben, wenn die Verkäuferin nicht der Reihe nach, sondern unter Verzögerung anderer verfähre. — Auch das Kammergericht als Revisionsinstanz stellte sich auf den Standpunkt, daß es eine Verzögerung der Abgabe von Waren sei, wenn die Angeklagte eine Reihe von Kunden geistlich bevorzugte vor den anderen schon früher erschienenen Leuten. Die Revision der Angeklagten wurde verworfen.

Aus aller Welt.

Bekrafung einer Gemeinde wegen Butterzurückhaltung.

Das Böhmler Kreisblatt enthält folgende amtliche Bekanntmachung: Um eine größere Butterablieferung zu erreichen, welche im Interesse unserer städtischen Bevölkerung, insbesondere der Munitionsarbeiter, dringend notwendig ist, mußte der amandirelle Anschluß einiger Gemeinden an Molkereien erfolgen. Da sich eine große Anzahl von Besitzern aus Kreibitz diesem Anschluß, der, wie gesagt, im vaterländischen Interesse erforderlich war, widersetzt, werden der Gemeinde Kreibitz bis auf weiteres weder Kohlen noch Spiritus noch Petroleum zugewiesen werden. Für die betreffenden Besitzer wird von heutigen Tage ab kein Umlaufgeld und keine Reklamation mehr befürwortet. Wenn die Rücklieferung nach Ankauf der Kohlen nicht erfolgt, erhalten die betreffenden Wirtschaften kein Fleisch mehr, keine Futterarten u. dgl. Außerdem werden die Schuldigen sämtlich der Staatsanwaltschaft übergeben.

Zu dem Eisenbahnunfall bei Schönhausen a. d. E. erfahren wir noch, daß sich das Gefährt der 15 im Glendaler Johanniter-Krankenhaus untergebrachten verunglückten Kinder inzwischen so weit gebessert hat, daß die Ärzte die zureichliche Hoffnung hegen, alle Kinder am Leben erhalten zu können. Zumeist handelt es sich um Arm- und Beinbrüche, schwere Quetschungen dieser Gliedmaßen und mehr oder weniger schwere Kopfverletzungen. Die Schulfrage erhebt sich nicht völlig geklärt. Vermutlich trifft den Führer des Ferienzuges die Schuld, der das zwischen dem Schönhauser Damm und Schönhausen befindliche Blocksignal, das auf Halt zeigte, übertahren hat. Der Blockwärter, der das Versehen des Lokomotivführers bemerkt hätte, gab sofort Meldung an den Bahnhof Schönhausen. Inzwischen hatte sich der Ferienzug dem Bahnhof genähert, auf dem aus anderer Richtung kurz vor ihm ein Güterzug eingelaufen war. Das Einfahrtsignal auf dem Bahnhof war nach der Einfahrt des Güterzuges noch nicht wieder auf Halt gestellt worden, und der Lokomotivführer des Ferienzuges wußte deshalb angenommen haben, daß er einfahren konnte.

Insoweit in Messina. In der Nacht zum 16. wüßte über der Stadt und der Umgebung ein Orkan, der ziemlich Schäden anrichtete und eine Unterbrechung der Eisenbahnlinie Messina-Catania zur Folge hatte. Am 17. nachmittags verursachte ein zweiter Orkan Ueberschwemmungen. Etwa 100 Baracken wurden zerstört und 11 Personen getötet. Der Straßenbahnverkehr ist unterbrochen.

Jugendveranstaltungen.

Jugendkonferenz. Eine Konferenz der Jugendauschüsse und Funktionäre der Arbeiterjugend Groß-Berlins nahm am 21. Oktober im Hotel „Europa“ in Berlin folgende Beschlüsse: 1. Die Beschlüsse der Konferenz vom 21. August 1917 sind beizubehalten und auf das Bedeutsame dieser Beschlüsse hinzuwirken, möge sich die Zentralstelle durch ihre Mitglieder im Reichstage auf das Entschiedenste dafür einsetzen. 2. Das für die Dauer des Krieges zum größten Teile außer Kraft gefallene Jugendgesetzbestimmungen (insbesondere in vollem Umfange und ohne jede Ausnahme Geltung erlangen. 3. Das für die arbeitende Jugend an Stelle der bestehenden unzulänglichen Bestimmungen ein ausreichendes Jugendgesetz im Sinne unserer wiederholt erhobenen Forderungen geschaffen wird. 4. In die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands wurden gewählt die Genossen Weber, Stengel, Kange und die Genossen Labrieff, in den Bezirksjugendausschüssen wurden gewählt die Genossen Weber, Bauer, Krole, Kähler, Stengel, Bernhardt, Labrieff.

Weihnachtliche Arbeiterjugend. Sonntag, den 21. Oktober, findet im Jugendheim, Charlottenburger Str. 3, Ecke Poststraße, ein Unterhaltungsabend statt. Programm: Lieder zur Lant, Dialekt-Vorlesungen, Anspiel und Chorleitung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 9 Uhr, Pappellasse 15/17; Kaufhaus, Invalidenstr. 8; Eberhardswalde, Mittelminnenhofstr. 43 bei Otto Pamp; Freireligiöse Versammlung. — Sonntag, 10^{1/2} Uhr, Frankfurt Str. 6, Vortrag von Herrn Dr. Bruno Bille: Das Gebet. — Abende vollkommen.

Humanistische Gemeinde Berlin (G. B.). Am Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 6 Uhr, findet in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niedermarkt 12, ein Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Benz über: „Neben Luther hinaus!“ statt. Vor und nach dem Vortrag Harmoniumspiel. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Sitz Wien, Ortsgruppe Berlin. Am Sonntag, den 21. Oktober, findet folgende Fahrten statt: 163. Bienenwerder, Briele, Reimigsee. Fahrt 90 Pf., Abf. 6.45 Uhr Stett. Borsdorf. — 164. Freiental, Baake. Fahrt 2,00 M., Abf. 8 Uhr Stett. Borsdorf. — 165. Freiental, Baake, Borsdorf. Fahrt 2,00 M., Abf. 8 Uhr Stett. Borsdorf. — 166. Geringer Damm, Uhlendorf, Reimigsee, Gr. Sehmig. Fahrt 2 M., Abf. 9.24 Uhr Stett. Borsdorf. — 167. Gr. Sehmig, Reimigsee, Borsdorf, Gr. Sehmig. Fahrt 2 M., Abf. 4.50 Uhr Stett. Borsdorf. — 168. Freiental, Baake, Reimigsee. Fahrt 2 M., Abf. 5.50 Uhr Stett. Borsdorf. — 169. Borsdorf, Briele, Teuchow. Fahrt 1,60 M., Abf. 5.25 Uhr Stett. Borsdorf. — 170. Borsdorf, Briele, Reimigsee. Fahrt 90 Pf., Abf. 7.22 Uhr Stett. Borsdorf.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. a. S. Hamburg). Mitgliederversammlungen: Filiale Berlin 3. Sonntag, den 20. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, bei Kasper, Reichberger Str. 154. — Filiale Berlin 4. Sonntag, den 20. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, bei A. Heinrich, Gr. Frankfurter Str. 30. Tagesordnung: Kassenbericht, Wahl des Kassierers und Verschiedenes. — Filiale Berlin 5. Heute abends 8 Uhr bei H. Müller, Rindlerstr. 7. — Filiale Berlin 6. Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Meyer, Kärntnerstr. 123. Die Zahlstellen bleiben am Sonntag, den 20. Oktober, deshalb geschlossen.

aber auf Antrag beim Hofkellereiamt in St. Verlängerung beantragt werden. 2. Da. Ihnen steht aber der Schutz als Kriegsteilnehmer zu, desgleichen Ihrem Bruder. 3. Da. 4. Wird sich durch 1. erheben. — **H. R. 63.** Wenn Verpflegung gewährt wird, werden Nachgebühren nicht gezahlt. — **Wlad.** Beantworten Sie Anstellung einer neuen Karte sowie beim Arbeitgeber Anstellung einer eideschwörenden Versicherung, das heißt Karten a. . . für die Zeit vom . . . bis . . . für Ihren Ehemann verwendet worden sind. Alles reichen Sie bei der Landesversicherungsanstalt ein mit dem Vermerk, das zwei Bescheidungen abhandeln gekommen sind. — **W. 778.** 1. und 2. Rein. Nr. 7. 3. R. Ja. — **H. 26. 106.** Wenn der Urlaub einen Monat nicht übersteigt, wird die Familienunterstützung weiter gezahlt, nicht aber Wohnung und Verpflegungsgeld, wenn der Urlaub zur Arbeit im fremden Betrieb genützt ist.

G. 2. 200. 1. 25-30 M. 2. und 3. Der uneheliche Vater hat trotzdem die sogenannten Schwödenkosten nicht zu zahlen. 4. Rein. — **H. 58.** Ihre Frau hat an das Grundbuch keine Ansprüche, es sei denn, das wegen Unterhaltkosten geändert wird. — **G. 2. 63.** Die Dienstbeschädigung muß aufgenommen werden. Antrag ist bei der Kompanie zu stellen. — **66 Charlottenburg.** 1. Rein. 2. und 3. Ja. — **W. 9. 39.** Die Mutter ist an den Niederschlag bis 1918 gebunden, er muß aber auch rechtzeitig gefordert werden. — **S. 2. 48.** Jurist haben Sie noch keinen Anspruch auf höhere Pension. Wenn die im Reichstag beschlossene Erhöhung der Löhne rechtskräftig wird, erhalten Sie die höhere Pension. — **D. 2. 12.** Es ist keine Anklage erhoben worden. — **H. 2. 50.** Rollenstelle des Kriegsdienstes in den Karten, Linie 25. — **J. R. 1.** 1. Berühren Sie die Vernichtung der Bücher durch Lepentini 2. Veräußerer und Erwerber halten hinter einander. 3. Verträge nicht vereinbart, halber zuerst der Veräußerer. — **H. 2. 66.** Wenden Sie sich an Herrn Dietrich, Vorkämpfer des Arbeiter-Samaritaner-Landes, NW, Kloppestr. 23/25. — **Konsum 5.** Bismarcks Geburtort ist Rittergut Schönhausen a. G. In Ritterhönhausen hatte die Gemahlin Friedrich II. ihren Sitz.

„In Freien Stunden“ Heft 41 enthält den Aufsatz: „Ein Kampf mit dem Teufelsfisch“ mit Abbildungen.

Briefkasten der Redaktion.
Liedbeth N. 1. Regelt sich nach den Bestimmungen des Verleumdungsgesetzes. 2. Ja, wenn die Sachen dem früheren Verträge geschuldet sind. — **H. 2. 65186.** Ihre Frau muß im jetzigen Wohnort einen Antrag auf Niederschlag stellen. Dieser wird genehmigt, falls Unbedenklichkeit vorliegt. Sollte Ablehnung erfolgen, dann könnte eine Beschwerde an den Richter des Juraus eingereicht werden. — **Linde.** Der Schadenersatzanspruch ist an den Expeditur zu richten. — **Hypothek.** 1. Ja. — Es kann

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Stiefel heißer, aber noch unbedeutend, ohne erhebliche Niederschläge, am Tage ziemlich mild, in der Nacht zum Sonntag stellenweise leichter Frost.

Deutscher Transportarbeiterverband. Bezirksverband Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege, der Hausdiener Paul Beyer am 16. Oktober im Alter von 44 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 20. Oktober, nachmittags 2^{1/2} Uhr, von der Kriegerhalle des nördlichen Zentralfriedhofes, Friedbergstr., aus statt. Die Beerdigungswahl.

alkoholfrei
Glühpunsch Liter M. 200
alkoholfrei
Kaiserpunsch Liter M. 220

1 Teil Punschextrakt, 2 Teile siedendes Wasser ergeben einen köstlichen süßen Punsch. Kein Zucker erforderlich. Die Extrakte sind unter Verwendung von Wein hergestellt. Das beste Getränk in jedem Haushalt. Ein Glas Punsch stellt sich auf circa 5 Pf. Es wird höflich gebeten, möglichst Flaschen od. Gläser z. Füllen mitzubringen.

H. Krömer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 66

2. Verkaufsstelle: Reinickendorfer Str. 109
 3. Verkaufsstelle: Andreasstr. 78
 4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Str. 76.
 Verkauf nach außerhalb in Korbbüchsen von 5, 10 und 25 Liter.

Wir haben noch

Feine Plüschmäntel Dicke mollige Ulster
 mit echten Pelzbesätzen, Seal-Pelz, glatt, Mohair-Pelz, Astrachan, herrliche Stücke, Modelle!

Gediegene Pelzmäntel Fesche Kostüme
 Seal, Elektrik, Persischer, fette Formen, beste Felle, mit Kreuzmantel, halblang, in Ausführung, echter Pelzwerk, 650,-

Röcke
 fette Aufmachungen in Woll- und Seide.

Westmann,
 I. Geschäft W, Mohrenstraße 37a II. Geschäft NO, Gr. Frankfurter Str. 115.

Fabrik und Lager
fertig. Pelzwaren
 jeder Art, von den einfachsten bis zu den elegantesten. Tausende Sachen auf Lager. Auch Einzelverkauf zu billigen Preisen. Garantiert streng reelle Ware.
Sonntags geöffnet.
Ferdinand Kalmann
 Kürschnermeister
 zur Kommandantenstr. 15, I. E.
 Kein Laden. Gegenüber Beuthstr. Tel.: Zentr. 287.
 Gegr. 1894.

Georg Spitzing
 aus Berlin, 35 Jahre alt. Ein ehrenvolles Andenken betragen ihm. Die Kollegen der „Deutsch. Tagesztg.“ Beerdigung am Dienstag nachm. 1/5 Uhr auf dem Gräberfriedhof, Borsdorfstr.

Monatsgarderobenhaus
H. Türkischer, Prinzestr. 79, nahe Moritzpl.
 Erlaubt für die elegante neue Herren-Garderobe, Ulster, Paletots, Jackett, Rock, Sport-Anzüge. Große Auswahl auch für starke Figuren.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
 für Haut-, Nerven-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkrankheit, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 56-57 gegenüber Rathaus.
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Oskar Wollburg, Brunnenstrasse 56-57.

Neuheiten für Herbst und Winter

Kostüme
 aus Tuch, Kammergarn und Melde, samt Fantasie-Stoffen, fesche Formen, mit und ohne Pelz von M. 98,- an.

Ulster - Mäntel
 moderne Formen, vorzügliche Stoffe M. 46,- 69,- 97,- bis 278,-

Plüsch-, Samt-, Breitschwanz-Paletots u. Mäntel, hohelegante Anfertigungen von M. 150,- an.

Kinder- u. Backfisch-Konfektion, entzückende Neuheiten.
 Große Auswahl in Röcken und Blusen.

Große Abteilung für Trauer-Bekleidung.

Breitschwanz-Paletot 150,-
 Gegründet 1898.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche.
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.
 Behandl. von Syphilis, Haut-, Gicht-, Frauenleiden, Lepra, Gicht, Gicht-Gicht-Kuren, Schmerzlöcher, furchige Behandlung ohne Berufsstörung. Blutunterstützung, Nahrung, Teilzahlung. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
 für Haut-, Nerven-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkrankheit, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage), Behandlung schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstörung.
Königstr. 56-57 gegenüber Rathaus.
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

Skunks - Stolas, Muffen
Harder, Ners, Alaska, Blau- u. Weißfuchse, Pelzwaren, 40-200 Mk. Ferner Herren-Gehpelze.
Wagen-, Reispelze. - Damen-Kostüme, Ulster, Mäntel, Herren-Garderobe sowie in Lombard gewasene Uhren, Ringe, Brillanten, alberne Taschen sehr billig.
Leihhaus Moritzplatz 58 a.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Drogen, Farben
Beckendorf Neue Köchstr. 25
Fleisch- u. Wurstw.
Gutschmanns Centr. Wichstr. 150.
Kolonialwaren
M. Saegbarth Stralitzer Str. 97
Möbelmagazin
Wiese & Co. Tischlermeister

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Fleisch- u. Wurstw.
Paul Müller, Priesenstr. 22.
Behandlg., Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97
A. Schleinitz, Mariannenstr. 14
Uhren, Goldwaren
S. Feuske, Kottbus Damm 95
 Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
 Berlinerstr. 48
 Wild - Geflügel - Fleisch.

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielplan vom 16. bis 31. Oktober:
 Janos u. Olivia — Max Laurence
 Mietzel Dreher — Sophie Wachner
 Paul König — Arthur Zahle.
Großes Orchester: Julius Meyer
 Anfang wochentl. 7^{1/2}, Sonnt. nachm. 4^{1/2} Uhr.
Kottbus Damm 95 Fernspr.: Moritzpl. 14553

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Mehlmühle
Königsberger
Blüh. Pietsch Straße 26/27
Photograph. Ateliers
Th. Wenzel Joh. G. Lohse, Andreaskstr. 28 u. Andrastr. 11
Warenhäuser
Wiese & Co. Tischlermeister

Waldbarzelte
 261. Borsdorf, D. R. 10 R. perf. Gärten, Stiegl., Steinblöcke, Straße 11. (6662)

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Solingenholzkäufe
Grand. Fleischer, Alt-Moab. 110.
Charlottenburg
W. Wenzel, Nr. 44/45.

Spezial-Arzt
Dr. med. Karl Reinhardt.
 1. Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institute: a. d. Lützowstr. Sprechstunden während d. Sommers 1/6-1/10 Uhr abends, Sonntags 1/11-1 Uhr. 48 S. starke Broschüre 50 Pf., nach außerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.
Potsdamer Str. 117
Aufklärende
Dr. med. Karl Reinhardt.

Fette Enten,
 Bund 5.50 an.
 Frische Gänse, 10. 4.50 an.
 Fette fettige Kaninchen.
 Schmitz vorm. Tafel.
 Plan-Ufer 21, Gellertches Tor.

Ich bin zurückgekehrt
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.),
 f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 10 T.), Blutuntersuch. Schnell, sichere Schmerzl. Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 223/0*
 Sprechstund. 11-1 u. 6-8.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten

Nowowes
A. Kieper
 Friedrichstr. 38
 Damen-, Kinder-Konfektion
Spenden
Paul Gaego Mehl und Getreide
 Breitestr. 57, Schulwalderstr. 133/4, Pilschawerstr. 19.
Häute- und Küchengeräte
Hermann Finck
 Eisenwar., Schönwalderstr. 57.
A. Markgraf, Köpenick, 11. 11. 11.
11. 11. 11.
11. 11. 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Erscheint 2 mal wöchentlich. Usterrische Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Bauer, Hor, Gise
Wilhelm Gabel
 25 eigene Filialen.
Gebirder Manns
 45 eigene Detailgeschäfte.
Schröter, R.
 43 Verkaufsstellen 43
August Holtz
 11 Detail-Geschäfte.
Sole-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 28.
Blana-Bad Köpenickstr. 33.
Passage-Bad Kottbus Damm 79.
Reform-Bad Wiener Str. 48.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Münchener Brauhaus
 Berlin und Oranienburg
Trink Wänninger Bier!
 Weissbier, C. Breithaupt,
 Palisadenstr. 87. Tel. 2881. 8012
Kochgeschäfte
Timmer-Essig
 Sberall erhältlich!
Nähmaschinen
Bellmann, R. Nähmaschinen
 Gollnowstr. 26
 Nähmaschinen

Meierei C. Bolle
 A.-G.
 Berlin N. W. 21 Alt Moabit
 1. Alter und größter Milchgeschäftlicher Großbetrieb
Photogr. Apparate
M. Albrecht 20. Kottbus Damm 11. auch Gelegenheitsk.
Uhren u. Goldwaren
Lehmann, A. Franzl. Allee 4.
Wine, Liköre, Fruchtaltee
Hugo Soling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Norm. Meyer & Co. A.G.
 ea. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Möbel, Nachlässe, ganze Wirtschaften
 Kauf 15 5 h m e. Neukölln, Angergrabenstr. 2.

Brauerei Bützow
 empfiehlt
Qualitätsbiere
 ersten Ranges
Kurz, Weit, Weit, Trieb
 Hermann Meyer, Hermannstr. 11.

Singer Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Schubert, Carl, Kilia, Bergstr. 140

Der Würzburger Parteitag.

(Schluß aus der Beilage.)

Kemmelmannheim schildert die unaufhaltsame Entwicklung in der Steigerung aller Lebensmittelpreise, die Lohnrückführungen zur Folge haben müßte. Die Munitionsarbeiter können vielleicht durch Erhöhung ihres Lohnes einen Ausgleich schaffen, nicht aber die andern Arbeiterschaften, die Beamten und der Mittelstand. Angesichts dieser Entwicklung wird es nicht zu umgehen sein, daß diese Klassen der Bevölkerung durch irgendwelche staatliche Maßnahmen in den Stand gesetzt werden, sich die teuren Lebensmittel zu kaufen. Das Reich gemährt den ärmeren Volksteilen wegen der Erhöhung der Kohlenpreise einen zehnprozentigen Nachschlag auf die Kohlensteuer. Bisher hat dieses Beispiel Nachahmung, denn was der Kohle nach ist, ist den Lebensmitteln billig.

Leinert-Dannover: Wir müssen objektiv sein und eine Verteuerung der Herstellung der Agrarprodukte anerkennen. Um die ärmeren Schichten nicht zu sehr leiden zu lassen, haben wir daher im Reichstag die Uebernahme der Kosten auf das Reich beantragt. Die Höchstpreise für Erzeuger müssen einheitlich für das ganze Reich festgelegt werden, sonst werden die Bezirke mit den niedrigen Preisen einfach nicht liefern. Wir haben den Bierwert beim Gemüseerwerb. In der Preispolitik muß eine größere Stetigkeit herrschen. Der Handel hat als volkswirtschaftliche Einrichtung vollkommen verfallen. Er kümmert sich nur wenig um die Verteilung, ihm kommt es nur auf hohe Gewinne an. Mit aller Schärfe muß die maßlose Bereicherung der Großgrundbesitzer gebremst werden. (Zustimmung.)

Gröger-Stuttgart: Unsere geringen Erfolge in der Ernährungsnotiz zeigen, daß wir noch nicht die Macht haben, unseren Willen durchzusetzen. Die Preise sind viel stärker gestiegen als die Kosten für die Herstellung. (Sehr richtig!) Die Herstellungskosten (vielleicht für die Preisfestsetzung überhaupt keine Rolle mehr. Das Obst wäre im Binnenlande bis zu 7 M. für den Zentner heruntergegangen, wenn Berlin nicht 40 M. als Mindestpreis vorschreiben würde.

Damit schließt die Debatte.
Einstimmig wird eine Entschließung Robert Schmidts — Otto Braun angenommen, in der es heißt:

„Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandskraft unerlässlich.“

Der Parteitag billigt daher die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sofort nach Ausbruch des Krieges und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben und verurteilt es auf das Schärfste, daß diese Forderungen nicht in dem Umfange und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgesperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Halbheit und Verschönerung, die den kapitalistischen Gewinninteressen weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinflusst und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Erzeugern und Händlern ermöglichen, sich in unerträglichem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bittere Not leidet. Gegen die aus fortgesetzten Preissteigerungen gerichtete Preispolitik des Kriegsernährungsamtes, die auch die neuerdings eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Verteuerung aller Lebensmittel geführt hat, erhebt der Parteitag entschiedensten Protest und fordert wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Herabsetzung der Kleinhandelspreise durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln müssen grundsätzlich Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelerzeugern hohe Kriegsgewinne zu sichern und danach ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der Schlimmsten der ärmeren Volksteile zu steuern, kann diesem Verfahren als letztes Mittel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelerzeugung kann lediglich durch Bereitstellung hinreichender Arbeitskräfte, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Riefengeminn der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den besthabenden Klassen eine ausreichende Ernährung, während für den breiten Volksteil immer größere Entbehrungen aufzutreten.

Da auch die Händler durch spekulative Preissteigerungen und wucherischen Schleichhandel zur Lebensmittelerzeugung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Soldatenkontingenten, den Betrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfasst und im Wege öffentlicher Bewirtschaftung sachgemäßer als bisher durch einzelne Kriegsgesellschaften gleichmäßig zu angemessenen ermäßigten Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Saates sowie in den gemeinlichen Körperlichkeiten auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tätig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelwucherer gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

Gleichfalls einstimmig angenommen wird folgende Entschließung Eugen Ernst u. Gen.:

„Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit jener Osterbotschaft des Königs von Preußen vergangen und noch immer besteht das einseitige alte Wahlrecht, das drei Klassenwahlrecht. Gegen seine Erhaltung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wegen der Reaktionen nicht mehr offen aufzutreten. Sie versuchen vielmehr die dringend notwendige Reform durch unheilvolle Verschleppungsmanöver zu vereiteln. Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gemährt wird.“

Die Erfüllung dieser Forderung verzögert keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die sozialdemokratische Partei als Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front klammernden Protest gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck ungezügelt die Einführung eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Die ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.“

Den Opfern der Katastrophe im Rheinisch-Westfälischen Revier, bei dem 17 Bergarbeiter den Tod gefunden haben, bringt der Parteitag seine Anteilnahme zum Ausdruck, ebenso den Hinterbliebenen der Gienabankkatastrophe von Schönhausen. Die Delegierten hören die Worte, die der Vorsitzende Ebert den Opfern dieser Unglücksfälle widmet, liegend an.

Das Ergebnis der Vorstandssitzung ist folgendes: Abwesend sind insgesamt 326 Stimmen. Gemählt werden zu Vorsitzenden der

Partei: Ebert mit 311, Scheidemann mit 312 Stimmen; zu Schriftführern: Braun mit 308, Partels mit 318, Roffenbühl mit 318, Hermann Müller mit 318, Pfannkuch mit 318, Frau Juchacz mit 310 Stimmen.

Zu Beisitzern: Eugen Ernst mit 318, Weiss mit 308 Stimmen. In die Kontrollkommission werden gewählt: Bräune-Frankfurt a. M. mit 288, Vren, Hannover mit 251, Dr. Stadnauer-Dresden mit 279, Timm-München mit 219, Grünwald-Hamburg mit 272, Müller-Niederbarnim mit 240, Fischer-Stuttgart mit 288, Löbe-Breslau mit 288, und Hengstbach-Götting mit 188 Stimmen. Außerdem erhalten Stimmen: Koll-Karlruhe W. Deichmann-Bremen 94, Hertelmann-Jena 97, Hoch-Hannau 98, Schmidt-Weihen 41, Reihhaus-Erfurt 36, Brandes-Ragdeburg 39, Landsberg-Ragdeburg 20, Hug-Want 2, Brüdner-Berlin 1.

In den heute in Wien zusammengetretenen Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie wird ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem der Parteitag auch dem Wünsche nach schneller Herbeiführung eines baldigen Friedens und der Wiederaufrichtung der internationalen Ausdrucks gibt.

Darauf verlegt sich der Parteitag auf Sonnabend früh.

Berichtigung. Genosse Paul Hug-Münzingen bittet um Aufnahme folgender Berichtigung zur Wiedergabe seiner Ausführungen in der Montagsitzung:

„Ich habe nicht gesagt: „Der Parteivorstand konnte im Konflikt ganz anders handeln“, — sondern „Der Parteivorstand konnte im Konflikt gar nicht anders handeln, als er gehandelt hat“. Ferner habe ich nicht gesagt: „Die deutsche Arbeiterklasse steht auch heute noch viel mehr auf dem kapitalistischen Standpunkt zum Staate, als auf den sozialistischen Standpunkt des Marxismus“, — sondern „als auf dem Standpunkt der Scholastiker des Marxismus“.

Hinter verschlossenen Türen.

Am Freitag trat die Staatshaushalts-Kommission des Abgeordnetenhauses zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Tag war ganz der Erörterung der Ernährungsfragen gewidmet. Am Sonnabend und Montag wird nicht getagt werden, am Dienstag aber will man nicht die Debatte über den Stand der Volksernährung fortsetzen, sondern sich zunächst der Kohlenfrage zuwenden, deren Besprechung voraussichtlich die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen wird. Erst dann will man die am Freitag abend abgebrochene Diskussion über die Ernährungsfragen wieder aufnehmen.

Den Beginn der Freitagsitzung bildete eine sehr ausgedehnte und lebhafte Debatte über die Art der Berichterstattung an die Presse. Von konservativer und freikonservativer Seite wurde beantragt, die gesamten Verhandlungen über die Ernährungs- und Kohlenfragen für vertraulich zu erklären. Gegen diesen Antrag wandte sich in zwei sehr eindringlichen Reden der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hue. Er wies mit Recht auf die sehr üblen Erfahrungen hin, die der Hauptauschuss des Reichstages im letzten Sommer mit seiner allzu weit getriebenen Geheimnisträumerei gemacht habe. Es habe sich dabei schließlich eine ganz unkontrollierbare Gerüchterschleier herausgebildet, die zu höchst unliebsamen Konsequenzen geführt habe. Der Hauptauschuss des Reichstages sei deshalb schließlich dahin gelangt, die Berichterstattung über die wirtschaftlichen Fragen vollständig freizugeben. Man werde es darum im preussischen und deutschen Volke durchaus nicht verzeihen, wenn nunmehr im Abgeordnetenhaus anders verfahren werden sollte. Das werde eine sehr viel schwerere Beunruhigung im Lande hervorzurufen als es selbst die weitestgehende Berichterstattung je zu tun vermöge. Das preussische Volk habe ein unbedingtes Recht auf eine freie Berichterstattung.

Dem Genossen Hue schloß sich nur der fortschrittliche Abgeordnete Hoff und — nach allerlei Hin und Her, Wenn und Aber — bedingungsweise auch der Zentrumsmann Wiesberts an, während sein agrarischer Fraktionskollege Stull von einer unbeschränkten Berichterstattung durchaus nichts wissen wollte.

Schließlich wurde dann auch der Antrag Quos gegen die Stimme des Antragstellers, der Fortschrittler, Polen und des einen Zentrumsmannes Wiesberts abgelehnt. Es wird also über die Kommissionsverhandlungen ausschließlich ein offizieller Bericht herausgegeben werden.

Um so nachdrücklicher werden nunmehr die sozialdemokratischen Vertreter bei der in einigen Wochen zu erwartenden Berichterstattung über die Kommissionsverhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses reden müssen. Denn die Art und Weise der von der Kommission beliebigen Einschränkung der Berichterstattung ist einfach ein grober Unfug. Man hätte es wirklich dem Latt und dem Verantwortungsgesühl der Abgeordneten selbst überlassen dürfen, ihre Berichte so einzurichten, daß kein Schaden daraus entsteht.

Die Verschleppung der Wahlreform.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in seiner Freitag-Abendausgabe folgende anscheinend offiziös inspirierte Berühmungsnotiz:

Ein westdeutsches Blatt hatte berichtet, daß sich die Fertigstellung der Wahlrechtsvorlage verzögern und daß sie vielleicht erst im Januar dem Landtage zugehen werde. Diese Nachricht ist völlig unbegründet. Alle vier auf die Umgestaltung des preussischen Landtags sich unmittelbar beziehenden Gesetzentwürfe sind bereits so weit fertiggestellt, daß sie dem preussischen Staatsministerium zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden konnten. Das Staatsministerium hat verschiedene Änderungen an ihnen vorzunehmen beschlossen und wird, so wie diesen Wünschen Rechnung getragen ist, in der Lage sein, den Vorlagen seine endgültige Zustimmung zu erteilen.

Durch diese Notiz werden die Tatsachen und Vermutungen, die der „Vorwärts“ gestern über die Verschleppung der Wahlrechtsvorlage vortrug, in keiner Weise berührt.

Die Freikonservativen und das gleiche Wahlrecht.

Zu der Entschließung des freikonservativen Parteiaususses bringt die „Post“ von parlamentarischer Seite, also wahrscheinlich aus der Feder des Freiherrn Ottavio v. Jedlitz einen Kommentar, in dem es heißt:

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß in dem dritten Absatz lediglich die Uebertragung des unbedingten Reichs-

tagswahlrechts auf Preußen unbedingt abgelehnt wird, daß dagegen die Stellungnahme zu den Vorlagen der Staatsregierung, die, soweit bekannt, nicht die unveränderte Uebertragung des Reichstagswahlrechts vorsehen, von der sorgfältigen Prüfung abhängig gemacht wird. Daß bei dieser Prüfung die schweren Bedenken, welche der Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen entgegenstehen, nach ihrem vollen Gewicht zur Geltung kommen werden, liegt in der Natur der Sache.

Diese Auslegung gibt allerhand zu denken. Nach der Pfingstbotschaft und den Versicherungen des Reichskanzlers kann nicht zweifelhaft sein, daß die Vorlage der Regierung das gleiche Wahlrecht bringen wird. Die Freikonservativen lehnen nun die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen rundweg ab, äußern gegen das gleiche Wahlrecht schwere Bedenken, wollen damit aber gleichwohl gegen die zu erwartende Regierungsvorlage noch nichts gesagt haben. Herr v. Jedlitz verfügt ja über gute Informationsquellen. Sollte man ihm etwa gesagt haben, daß die Vorlage wohl das gleiche Wahlrecht bringen wird, aber unter Verkaufbedingungen, die von ihm so gut wie nichts übrig lassen?

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Zeitpunkt für Friedensverhandlungen. „Daily News“ meldet aus Petersburg: Das Blatt Maxim Gorkis hält den gegenwärtigen Augenblick für besonders günstig für Friedensverhandlungen, weil alle Mächte mit Ausnahme Englands vollständig erschöpft seien.

Russisch-amerikanische Handelsbeziehungen. Die russische Regierung genehmigte die Ausfuhr aller Waren nach den Vereinigten Staaten, deren Ausfuhr infolge der Kriegsverhältnisse bisher verboten war.

Die Lage in Spanien. Der spanische Ministerrat hat beschlossen, die verfassungsmäßigen Bürgerrechte wieder in Kraft zu setzen. Der König hat den Erlaß über Wiederherstellung der Garantien unterzeichnet.

Das Militärgericht des Generals Primo Rivera ist genehmigt und General Marina zum Kriegsminister ernannt worden.

Letzte Nachrichten.

Erhöhung der Petroleumpreise!

Berlin, 19. Oktober. Der Bundesrat hat eine Erhöhung der Petroleumhöchstpreise beschlossen. Der Großhandelspreis ist von 30 auf 35 M. für je 100 Kilogramm, der Kleinhandelspreis von 32 auf 36 M. für das Liter, beziehungsweise bei Lieferungen in das Haus des Käufers auf 40 M. für das Liter erhöht. Bei Lieferung aus Straßenanfragen beträgt der Höchstpreis 32 M., an Stelle des bisherigen Preises von 28 M. für das Liter. Die an die Zentralfür Petroleumbereitstellung angeschlossenen Petroleumgesellschaften haben sich der Reichsleitung gegenüber verpflichtet, bei der Abgabe von Petroleum an Zwischenhändler den Preis von 33 M. für je 100 Kilogramm und bei Lieferung aus Straßenanfragen an Wiederverkäufer bis auf weiteres den Preis von 31 M. für das Liter nicht zu überschreiten.

Die neuen Preise treten mit dem 20. Oktober 1917 in Kraft.

Zusammenstöße in der französischen Kammer.

Bern, 19. Oktober. Zweier Hätter melden aus Paris: Die gestrige Kommerzierung verlief sehr unruhig. Deshonei machte Ritzelung von der Interpellation Ribots über die allgemeine Politik der Regierung. Minister Chaumet erklärte namens der Regierung, die Erörterung der Interpellation könne erst Freitag stattfinden, dagegen zahlreiche Deputierte lehnten Einspruch erhoben. Unter allgemeiner Bewegung setzte sodann Ribot das heutige Datum für die Erörterung fest. Bei den Ausführungen Chaumets, welcher erklärte, der Krieg dauere an, der Kriegsminister habe die Pflicht, ... kam es zu Zwischenfällen. Die ganze Kammer lärmte, so daß Chaumet sich nicht verständlich machen konnte. Er erklärte, er beleihe doch den Patriotismus nicht, wenn er feststelle, daß der Krieg andauere. Der Kriegsminister könne der Kommerzierung nicht beiwohnen. (Ausrufe links und auf der äußersten Linken.) Die Regierung wolle sich aber der Debatte nicht erziehen. Unter außerordentlichem Aufregung, besonders bei den radikalen Sozialisten und den Sozialisten, wurde sodann die Abstimmung vorgenommen.

„Progrès de Lyon“ meldet, daß es bei der Geheimhaltung der Kammer zu heftigen Zusammenstößen zwischen einzelnen Abgeordneten, namentlich aber zwischen Ribot und Briand, gekommen sei. Die Mehrzahl der Abgeordneten halte es für unmöglich, daß Ribot Minister des Auswärtigen bleibe.

Der Minister für Lebensmittelversorgung Long hat in der Kammer einen Gesetzentwurf zur Gewährung eines Zusatzkredits von 845 Millionen Franken eingebracht, um den Ankauf von Getreide, Mehl und sonstigen notwendigen Lebensmitteln zu ermöglichen.

Ein Wahlreformattentat gegen die Iren.

Rotterdam, 19. Oktober. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Londonsche brachte im Unterhaus einen Antrag zur Wahlreformvorlage ein, daß das neue Wahlgesetz auf Irland keine Anwendung finden solle. Das Haus lehnte den Antrag ab. Staatssekretär Cave teilte mit, daß ein Austausch erwähnt werden würde, um die Wahlkreise in Irland neu einzuteilen. Der Nationalist Dillon erklärte, daß dann viele Sitze den Unionisten zufallen würden und damit der Beweis erbracht sein würde, daß die Methode der revolutionären Partei in Irland gerechtfertigt sei. Der Nationalist O'Brien bezeichnete das Vorgehen der Regierung als Verrat. Die Regierung rechtfertigte durch ihre Politik die Sinnförmigkeit und machte es den Nationalisten immer schwieriger, ihre Sitze im Hause zu behaupten. — „Daily News“ protestiert energisch gegen die Frontveränderung der Regierung in der Frage der Vertretung Irlands im Parlament. Die Nationalisten seien außerst erbittert.

Luzern.

Bern, 19. Oktober. „Temps“ meldet aus Buenos Aires: Der Reichsverband des Grafen Luzern hat beim Bundesgericht die Zulassung der persönlichen Freiheit für den Grafen Luzern beantragt. Die Verhaftung Luzerns laufe der argentinischen Gesetzgebung zuwider.

Gründung einer deutschnationalen Partei in Oesterreich.

Wien, 19. Oktober. Die Mitglieder der Deutschösterreichischen Vereinigung haben beschlossen, zur Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf allen Gebieten des staatlichen und bürgerlichen Lebens in Oesterreich eine deutsch-nationale Partei zu gründen. Mit der vorläufigen parlamentarischen Vertretung der Partei wurden die Abgeordneten Dobernig, Dr. Erier und Dr. Sylvester betraut.

Keine Verhandlung über eine neue Teuerungszulage im Baugewerbe?

Vor einiger Zeit wurde berichtet, daß der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe es abgelehnt hat, in eine Unterhandlung über eine neue Teuerungszulage mit den drei beteiligten Arbeiterorganisationsvorständen im Baugewerbe einzutreten. Daraufhin haben die Vorstände sich zwecks Vermittlung wieder an das Reichsamt des Innern gewandt, dessen Vertreter bei den letzten Verhandlungen anerkannt hatte, daß es nicht tarifwidrig sei, wenn sich die Zentralvorstände der Arbeiterorganisationen bei einer weiteren Zunahme der Teuerung noch vor Ablauf des Tarifvertrags beim Arbeitgeberbund oder beim Reichsamt des Innern um die Erhöhung der Teuerungszulage bemühen würden. Nun ist bei dem Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgende vom 5. Oktober datierte Antwort eingegangen:

„Der Vorsitzende des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Architekt Behrens, hat mir in einer Unterredung, zu der er sich kürzlich — und zwar schon vor Eingang Ihres Schreibens — mit dem Generalsekretär Dr. Proebner hier eingefunden hatte, mitgeteilt, in einer Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Arbeitgeberbundes, die nach Eingang des Schreibens der Arbeiterverbände vom 6. September d. J. stattgefunden habe, sei die Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage einstimmig abgelehnt worden. Er habe deshalb den Arbeiterverbänden mitgeteilt, daß er unmittelbare Verhandlungen des Arbeitgeberbundes mit ihnen als zwecklos ablehnen müsse. Auch Verhandlungen unter Leitung des Reichsamts des

Innern halte er nach der Stimmung unter den Mitgliedern des Arbeitgeberbundes und der Stellungnahme seines geschäftsführenden Ausschusses für völlig aussichtslos, und würde dies, falls das Reichsamt des Innern zu solchen Verhandlungen einladen sollte, auch von vornherein erklären müssen. Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern zurzeit nicht in der Lage, zu einer gemeinsamen Verhandlung der Parteien über eine neue Teuerungszulage einzuladen. Den Zentralvorständen der Zimmerer und der christlichen Bauarbeiter bitte ich, hiervon Kenntnis zu geben.

Dr. Caspar, Ministerialdirektor usw.“

Danach versucht also der Arbeitgeberbund eine weitere Teuerungszulage an die Arbeiter des Baugewerbes unter allen Umständen zu verhindern. Ob er wirklich glaubt, die Arbeiter damit bestrieden zu können, daß er sich der Notwendigkeit kurzerhand verschließt, die Lage der Arbeiter so zu gestalten, wie es die Umstände erfordern? Jedenfalls wird dieser Standpunkt, der auch nicht den geringsten Bruch sozialer Einsicht aufzuweisen hat, die Verbitterung der Arbeiter über die Teuerung nur noch steigern und die Arbeitsfreudigkeit lähmen. Die Verantwortung dafür hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu übernehmen.

Wie der „Grundstein“ mitteilt, werden die Verhandlungsstände sich in den nächsten Tagen mit der durch die Weigerung des Arbeitgeberbundes geschaffenen Sachlage beschäftigen.

Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.
Warenhaus Hermann Tich.

Vom „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ wird uns geschrieben:

Die kaufmännischen Angestellten der drei Berliner Warenhäuser Hermann Tich haben vergangenen Monat eine Gehaltsbewegung mit Hilfe des „Zentralverbandes der Handlungsgehilfen“ mit teilweise Erfolg durchgeführt. Eine volle Verständigung schickte an der Hartnäckigkeit der Firma. Es wurde schließlich der Kriegsausgleich für das Handels- und Transportgewerbe angerufen und von diesem verlangt, daß er den bei der Firma Hermann Tich bestehenden gelben Angestelltenausschuß als ungesetzlich aufzulösen beistimme. Begründet wurde dies damit, daß die Wahl des Angestelltenausschusses in aller Stille vor sich gegangen war, ohne daß man das Personal genügend unterrichtet hatte. Weiter wurde beim Kriegsausgleich beantragt, daß er den Angestellten die gewünschte Gehaltszulage von 20 M. monatlich ab 1. September 1917 zuwende. Der Kriegsausgleich kam am 28. September zu folgendem Spruch:

Nach dem Verträge beider Parteien steht fest, daß der Ausschuss nach dem Gesetz ordnungsgemäß zustande gekommen ist und keinerlei Beweise vorliegen, die eine gesetzliche Handhabe bieten, den Ausschuss außer Kraft zu setzen. Andererseits steht zweifellos fest, daß ein Teil des Personals mit dem jetzt zustande gekommenen Ausschuss nicht zufrieden ist. Diese Tatsache ist mit dem ersten Absatz § 12 nicht in Einklang zu bringen. Es wird deshalb dem hier anwesenden Mitglied H. K. anheimgegeben, auf die anderen Ausschussmitglieder und deren Vertreter darauf zu wirken, ihre Ämter niederzulegen und so eine Neuwahl zu bewirken.

Radem festgestellt wurde, daß inzwischen eine Einigung zwischen dem Ausschuss und dem Arbeitgeber Hermann Tich stattgefunden hat, so hat die Schlichtungskommission nach § 13 keinen Grund mehr, materiell in die Verhandlung einzutreten.

Wenn auch durch diesen Spruch dem Wunsch der Angestellten auf Außerkräftigung des gelben Angestelltenausschusses nicht Rechnung getragen worden ist, so geht doch zweifellos daraus hervor, daß dieser Ausschuss ein merkwürdiges Unikum ist. Bisher ist dieser Ausschuss aber nicht beistimmig worden. Die Firma legt vielmehr großen Wert auf ihn! Herr Oskar Tich, der Firmeninhaber, hatte im Laufe der Bewegung erklärt, daß er seine Angestellten lieber wie seine Kinder. Nach den bisherigen Erfahrungen bezieht sich das aber nur auf diejenigen Angestellten, die sich nicht gewerkschaftlich organisiert haben. Herr Tich hat nämlich verschiedene Angestellte, die bei ihm 10 bis 17 Jahre beschäftigt sind, gekündigt, und zwar handelt es sich um solche, die sich während der Gehaltsbewegung bemerkbar gemacht haben. Die Firma Hermann Tich kann sich nicht damit herausreden, daß sie Entlassungen vornehme, weil sie Personal im Ueberfluß habe. Denn noch in den Tageszeitungen vom 14. Oktober befindet sich folgende Anzeige:

Tüchtige Verkäuferinnen für sämtliche Abteilungen sowie gewandte Kassiererinnen und Kassen-Kontrollanten sucht
Hermann Tich.

Die Firma entläßt also die mißliebigen gewordenen Angestellten, obwohl sie Personal braucht. Es ist für das Verhalten der Firma ferner charakteristisch, daß sie den Versuch gemacht hat, diejenigen ihrer Angestellten, die zur Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gehen, zu behindern. Zwei Kontrollleurinnen ihrer Betriebskrankenkasse waren unweit des Versammlungsortes postiert, um die Versammlungsteilnehmerinnen zu überwachen. Man kann es ja verstehen, daß es der Firma unangenehm ist, durch den „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ genötigt worden zu sein, eine Aufbesserung der durchschnittlich sehr geringen Gehälter vorzunehmen. Trotz der Organisationsfeindschaft des Herrn Tich haben sich die Angestellten in diesem Falle durchgesetzt und sie werden sich auch für die Zukunft ihr Recht zu verschaffen wissen. Wahrscheinlich wird die Firma Tich gerade durch ihre Maßregelung das Gegenteil von dem erreichen, was sie be-

zweckt. Es sind ja zumeist Kinder von Arbeitereltern, die bei Tich beschäftigt sind und diese werden mit dafür sorgen, daß der „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ nun erst recht durch zahlreiche Beitritte gestärkt wird.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneider.

Verpufchte Arbeit. Solange die Schlichtungskommission für Militärschneider besteht, hat sie sich auch fast in jeder Sitzung mit Streitfällen zu befassen, die aus wirklicher oder vermeintlicher Mißsacharbeit entstehen, sei es, daß die gelieferte Arbeit sofort vom letzten Auftraggeber oder aber von der Abnahmeinstanz der Militärbehörde beanstandet wird. Gewöhnlich handelt es sich darum, daß der Auftraggeber die Arbeit nicht bezahlet und der Lieferende daraufhin die Kleidungsstücke nicht herausgeben will, ehe er nicht seinen Lohn dafür erhalten hat. Das letztere ist jedoch unstatthaft, und die Schlichtungskommission hat den Betroffenen immer sehr entschieden vor Augen geführt, daß sie zur Erlangung ihres berechtigten oder unberechtigten Lohnes sich nicht an den Gegenständen schadlos halten dürfen. Die Artikel sind Eigentum des Militärsiskus, und wer sie diesem vorenthält, macht sich strafbar. Hat jemand nach seiner Ansicht Lohn zu beanspruchen, so muß er die dafür geschaffenen Rechtsstellen — in diesem Falle die Schlichtungskommission für Militärschneider — in Anspruch nehmen, wo seine Forderungen von einer Kommission von Fachleuten und einem unparteiischen Vorsitzenden geprüft werden. Sofern er im Recht ist, wird ihm dann auch zu seinem Gelde verholfen. Ebenso steht es mit der Frage, wer die Kosten der Veränderungen von verpufchter Arbeit zu tragen hat. Vielfach kommt es vor, daß der Hersteller diese Veränderungen nicht mehr selbst vornehmen will und der Auftraggeber diese dann selbst herstellen läßt und die Kosten auf den Lohn anrechnet. Auch hier entscheidet in Streitfällen die Kommission nach billigem und gerechtem Ermessen, ob der abzugebende Betrag angemessen erscheint. In der letzten Sitzung lagte nun der Unternehmer H. gegen den Zwischenmeister A. auf Herausgabe von 11 Mänteln, die der letztere als Pfand behalten und nicht herausgeben wollte. Kurz vor dem Termin hatte er sich aber eines anderen besonnen und die Mäntel doch geliefert, allerdings im gleichen Zustande wie zuvor. Der Beklagte war nicht erschienen. Die Kommission entschied dahin: Kläger hat die Mäntel von Sachverständigen aus der Schlichtungskommission begutachtet und die Kosten der vorzunehmenden Veränderungen einschätzen zu lassen. Diesen Betrag darf er von dem zu zahlenden Lohn abziehen, den Rest muß er unverzüglich auszahlen. Will der Beklagte sich mit diesem Entscheid nicht zufrieden geben, so mag er seinerseits Klage erheben.

Deutsches Reich.

Klassenbewusste Techniker.

Daß nach und nach in den Reihen der Angestellten, namentlich im Technikerverbände, gewerkschaftliche Bestrebungen Eingang finden, fordert selbstverständlich die But des deutschen Unternehmertums heraus. Vor allem kann sich die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ schlecht in die Neuordnung dieser Dinge finden, denn die Techniker und ähnliche Angestellte bilden zum großen Teil die Stütze der rückständigen Arbeiter. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ befaßt sich in der letzten Zeit des öfteren mit den Forderungen für die Zeit nach dem Kriege und ist der Meinung, daß die guten Seiten des Hilfsdienstgesetzes, insbesondere die Schlichtungsinstanzen, in irgend einer Form hinüber gerettet werden müssen. Ferner kann die „D. A. Z.“ nicht einsehen, warum die Arbeitgeber mit den Angestellten der Arbeiterverbände wohl verhandeln, ihre Auftraggeber aber immer abgelehnt werden. Die „D. A. Z.“ begründet die Ablehnung dieser selbstverständlichen Forderungen damit, daß in der „D. A. Z.“ zu sehr die Lust bei Klassenkampf wecke und daß die Kritik an den Lohnverhältnissen und an dem Verhalten den Geleihen gegenüber die Arbeitgeber nicht zu einer Veränderung ihrer Taktik ermuntere. Aus diesem Urteil ersehen die Techniker, daß sie endlich auf dem richtigen Wege sind und die Arbeitgeber werden sich auch an das selbständige Denken ihrer Angestellten wohl oder übel gewöhnen müssen.

Ausland.

Die skandinavischen Seelente über eine neue Internationale. Eine internationale Seemannskonferenz hat in den Tagen vom 12. bis 16. Oktober in Kopenhagen stattgefunden, an der Delegierte der Seelente, Seelente und See-Restaurantsgewerbe Schwedens, Norwegens und Dänemarks teilnahmen. Hauptpunkt der Verhandlung bildete der Vorschlag, der vor einiger Zeit in London abgehaltene internationale Seemannskonferenz betreffs Gründung einer neuen Seemanns-Internationalen. Bekanntlich hat das jetzige internationale Transportarbeitersekretariat seinen Sitz in Deutschland. Die englisch sprechenden Seelente versuchten in der Londoner Konferenz, eine neue Internationale zu gründen, von der die Deutschen ausgeschlossen sein sollten. Dies Programm hat in verschiedenen neutralen Ländern, namentlich in Schweden, auf Widerstand gestoßen. Weder die schwedische Seelente noch ein neugegründeter Stewardverband sind Mitglieder des Internationalen Transportarbeiterverbandes, wohl aber gehört ihm der schwedische Transportarbeiterverband an. Dieser Verband umfaßt aber zurzeit keine besonders große Zahl von Seelenten. Die schwedischen Seelente gehen darin einig, gegen eine unvollständige Internationale zu stimmen. Die eben beendigte Kopenhagener Konferenz sahte nach längerer eingehender Debatte den einstimmigen Beschluß, der noch für dieses Jahr vorgesehenen internationalen Seefahrerkonferenz, die ebenfalls in Kopenhagen tagen soll, vorzuschlagen, eine internationale Vereinigung der Seefahrer unter Beteiligung der Seefahrerorganisationen aller Nationen, zu gründen. Die Konferenz wählte Guldbrandts-Norwegen und Jacobsen-Dänemark zu Delegierten der skandinavischen Seemannsorganisationen zur Ausarbeitung der Tagesordnung der Internationalen Seefahrerkonferenz in Kopenhagen.

Industrie und Handel.

6 Millionen durch Auswanderung verloren.

In einer kurzen, jedoch geschriebenen Schrift, erschienen im Deutschen Volksverlag „Freie Bahn“, schildert Ingenieur Julius Ligocki die großen Verluste, die Deutschland durch Auswanderung erlitten hat. Die Schrift ist deshalb so aktuell, weil sie eindringlich zeigt, daß die frühere große Auswanderung, die in den letzten Jahrzehnten in erfreulichem Maße zurückgegangen ist, sofort wieder ausfallen würde, wenn es nicht gelänge, den Feind von den deutschen Grenzen fernzuhalten und durch eine energische Wirtschaftspolitik die bevorstehenden Kriegssorgen zu überwinden. In einer neuen Auflage wird der Verfasser allerdings gut daran tun, manches irrtümliche politische Urteil zu korrigieren und Abweichungen zu vermeiden, die nicht notwendig zur Sache gehören. So will der Verfasser den Radikalen führen, daß die Auswanderung aus rein politischen Gründen minimal, ja geradezu unbeabsichtigt gewesen sei. Dieser Versuch scheitert von vornherein, weil sehr wenige Auswanderer ein schriftliches Bekenntnis ihrer politischen Gesinnung niedergelassen haben und weitaus die meisten mehr aus politischem und sozialem Gefühl als aus politischer, formulierter Erkenntnis handeln. Professor Eugen Kühnemann, der in der ersten Ausgabe die Sache Deutschlands in den Vereinigten Staaten vertreten hat, sagt sehr richtig in seinem jetzt erschienenen Buch: „Der alte deutsche Staat vermochte nicht, seine Bürger mit einem unzerbrechlichen Bewußtsein deutscher Bürgerschaft in die Fremde zu entsenden, so daß sie auch in der Fremde sofort die öffentlichen Dinge selbstbewußt in die eigene Hand nahmen. Der alte deutsche Staat war ein Staat der Beamten und Offiziere, unsere Könige, unsere Beamten und Offiziere hatten ihn geschaffen. Das Volk war nur die regierte Masse. Sie waren daran gewöhnt, das öffentliche Leben des Staates in der Hand der Beamten zu sehen und zu lassen. Sie hatten daran keinen Teil.“ Dieses Gefühl der Untertänigkeit hat sicherlich nicht nur viele in die Fremde getrieben, sondern auch ihre rasche Entfremdung von der Heimat, ihre Einbürgerung in dem Lande ihrer Wahl begünstigt.

Bankausweise der österreichisch-ungarischen Bank.

Die österreichisch-ungarische Bank hat seit Kriegsbeginn keine Ausweise mehr erteilen lassen, aus denen das so wichtige Verhältnis des Notenumlaufs zum Goldvorrat ersichtlich gemessen wäre. Die Folge davon war, daß im In- und Ausland die Meinung aufkam, daß der Notenumlauf so groß sei, daß die Golddeckung fast völlig verschwinde. Dadurch wurde natürlich die Währung empfindlich geschädigt. Die öffentliche Meinung und das Abgeordnetenhaus haben aus diesem Grunde die Wiederherstellung der Bankausweise gefordert und die Bank wird jetzt diesem berechtigten Wunsch entsprechen.

Eingegangene Druckschriften.

- Der Terragraph. Von Legendorf. Theod. Thomas Verlag, Leipzig.
- Der hauswirtschaftliche Unterricht. Von C. Deutsch. 3,60 M. — Zentrale Erziehung im Lehrereinarbeit. Von Dr. G. Prohmer. 80 Pf. S. G. Teubner, Leipzig.
- Die diplomatischen Verhandlungen vor Ausbruch des Weltkrieges auf Grund der Verhandlungen. Von Dr. Wilhelm Stahl. 1,60 M. C. S. Beck, München.
- H. N. Tschol Tagebuch. 1. Band. 5 M. — Die Verlierer des Weltkrieges. 1 M., geb. 2 M. — Friede. Nach Aristophanes. Von L. Feuchtmayer. 2 M.
- Von polnischen Juden. Ein Novellenbuch polnischer Dichter. Georg Müller, München.
- Leitfaden über die Anwendung der Verhältnismäßig zum Reichstage und zum preussischen Landtage. Von Max Schneider. Kommissionverlag der Brandenburgischen Buchhandlung, Kugelsburg.

Berlin: für den Verlag: Ernst Anton, Berlin; für den Verlag: Alfred Grotz, Berlin; für den Verlag: Dr. Grotz, Berlin; für den Verlag: Hermann Grotz, Berlin; für den Verlag: Paul Singer & Co., Berlin SW.

Gierja 1 Seite und Unterhaltungsklatsch.

C&A

Richtige Adressen

zu kennen ist heutzutage von ganz besonderem Werte —

„Hier sind zwei!“

Königsstr. 33
2im Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113
2im Cactiner Hofhof

Consigne geschlossen.